

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Abonnementspreis durch Boten vierteljährlich 3 RM., durch die Post 3,60 RM. • Einzelnummern 50 Pf. • Anzeigen: Die 25 mm breite Millimeter-Zeile oder deren Raum 40 Pf. • Platzvorchriften ausgeschlossen. Postk.-Konto Hannover Nummer 576 13. • Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Filiale Bochum, Kaiserstraße 34. • Telefon-Nummer 608 21. • Telegramm-Adresse: **WV** Bochum.

Kündigung der Lohn tafeln im gesamten mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Zum 30. November d. J. kann erstmalig die für den gesamten mitteldeutschen Braunkohlenbergbau vom 1. Oktober 1928 an gültige Lohn tafe l gekündigt werden. Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau sowie die Wirtschaftsergebnisse der Betriebe haben sich seit her wesentlich verändert und umgestaltet. Die bei allen Arbeitszeit- und Lohnverhandlungen in den letzten Jahren, insbesondere die vom Generaldirektor Dr. Piat s ch e l, aufgestellten Behauptungen, daß Arbeitszeitverkürzung umfangreiche Mehreinstellungen notwendig macht und Lohnerhöhungen zum Ruin des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues führen müßten, haben sich nicht bewahrheitet. Im Gegenteil, die Belegschaftsziffern sind gesunken, die Förderziffern sind wesentlich gestiegen. Die Rentabilität der Betriebe hat sich gesteigert. Die am Tarifvertrag für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau beteiligten Organisationen der Arbeitnehmer sahen sich daher veranlaßt, unter Führung unseres Verbandes zur Lohnfrage Stellung zu nehmen. Zu diesem Zwecke fand am 22. September in Halle im Volkspart eine aus allen Bergbaurevierern Mitteldeutschlands von nahezu 500 Delegierten besuchte Konferenz statt. Die Konferenz wurde von unserem Kameraden K e d d i g a u geleitet. Außer den Vertretern unseres Verbandes war die Konferenz besetzt von Delegierten des Deutschen Metallarbeiterverbandes, des Zentralverbandes der Maschinenisten und Heizer, des Fabrikarbeiterverbandes, des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter und des Hirsch-Dunderschen Gewerkevereins. Gleichfalls waren d. : Hauptvorstände dieser Verbände vertreten.

Die Konferenz stellt somit den Auftakt zu den kommenden Lohnkämpfen in diesem Bergbaubezirk dar. Damit ist das Braunkohlenrevier zu beiden Seiten der Elbe wieder einmal der Mittelpunkt eines Kampflagers zwischen Wirtschaftsertrag und Arbeiterwohl geworden. Das einleitende und zugleich richtunggebende Referat hielt Kamerad August S ch m i d t vom Hauptvorstand in Bochum.

Wir haben, so führte der zweite Verbandsvorsitzende August Schmidt

aus, bei Einleitung einer jeden Tarifbewegung die beiden Fragen der wirtschaftlichen Rentabilität und des gewerkschaftlichen Kräfteverhältnisses als für den Ausgang der Bewegung entscheidend zu prüfen. Was die Frage der Rentabilität der mitteldeutschen Werke anbelangt, so ist der Schritt, den zu unternehmen ich Sie heute zu beschließen bitte, voll und ganz gerechtfertigt. Der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau kann den durch Erfüllung unserer Forderung verursachten Mehraufwand mit Leichtigkeit tragen. Als Beweis dafür gestatten Sie mir einige Darlegungen, die diese Tatsache beweisen.

Denken wir zunächst den Blick auf die Produktion. Die gewaltige Steigerung der mitteldeutschen Braunkohlen- und Belegschaftsziffern, die gegenüber der Vorkriegszeit zu beobachten ist, hat während des ganzen vergangenen Jahres und ebenso während der bereits in diesem Jahre zurückgelegten Monate ständig angehalten. In welchem Tempo sich diese vollzog, geht am klarsten aus den Prozentziffern hervor, nach denen in den beiden Revieren, also ost- und westfälisch, im Jahre 1926 rund 49,5 Prozent, 1927 dagegen schon 60,8 Prozent und 1928 etwa 78,3 Prozent mehr Kohle gefördert wurden als im letzten Vorkriegsjahre, während sich im Durchschnitt des ersten halben Jahres 1929 die Produktion sogar um 79,1 Prozent höher stellt als 1913. Sie erheben daraus, daß sich die Produktion im schnellen Tempo gesteigert hat. Dieser Tatbestand würde an sich nichts Besonderes bezeugen, wenn die Zahl der Arbeitskräfte, die notwendig sind, um die schwarzen Schätze zu heben, ebenfalls in demselben Maße gestiegen wäre. Sie wissen ja, Kameraden, daß das eine Arbeitgebersbehauptung ist, die uns jedesmal entgegengehalten wird, wenn wir unsere Rechte auf höheren Arbeitslohn oder kürzere Arbeitszeit anmelden. Dann sind jedesmal die Herren Schindlbecker Unternehmerverbände schnell zur Hand, um in der kapitalistischen Presse vorzurechnen, daß, wenn unsere Forderungen erfüllt würden, sounst so viel Bergleute mehr eingestellt werden müßten und der Braunkohlenbergbau diese Belastung nicht tragen könne. Jedes zeigt die Erfahrung, daß die bisher von den Gewerkschaften erkämpften Arbeitszeitverkürzungen durchaus nicht immer Arbeitsereinstellungen im Gefolge hatten. Als wir am 1. Januar 1925 erreichten, daß auch für die Nachtschicht an Samstagen die Schichtzeit auf 10 statt 12 Stunden reduziert wurde, ging die Belegschaft von 55 289 im ersten Quartal 1925 bis auf 49 431 Mann im vierten Quartal 1926 zurück, soweit die preussischen Gebiete in Frage kommen. Trotz verkürzter Schichtzeit und steigender Produktion fiel die Belegschaftsziffer. Dann, am 1. Januar 1927, wurde für die Untertagearbeiter der eine Weg vom Füllort bis zur Arbeitsstätte mit in die Arbeitszeit eingerechnet, die Samstagsschicht im Tagebau wurde von 10 auf 8 1/2 Stunden verkürzt. Nach Inkrafttreten dieser Arbeitszeitverkürzungen fiel die Belegschaftsziffer weiter. Am 1. Juli trat dann im Tagebau eine Schichtzeitverkürzung auf 10 1/2 Stunden ein und am 1. Oktober 1927 in den durchgehenden Betrieben auf 11 statt bis dahin 12 Stunden. Trotz allem fiel die Belegschaftsziffer weiter bis auf 47 784 Mann im Durchschnitt des vierten Quartals 1927. Danach

erst stieg sie an, was aber nicht auf Arbeitszeitverkürzungen zurückzuführen ist, sondern sich aus dem

gewaltigen Ansteigen der Produktion

erklärt. Diefelbe Beobachtung konnte auch bei den im Jahre 1928 erreichten Arbeitszeitverbesserungen gemacht werden. Bekanntlich wurden ab 1. Oktober für die Arbeiterschaft im Tiefbau beide Wege von und zur Arbeitsstätte in die Arbeitszeit eingerechnet. Am 1. November 1928 wurde die Schichtzeit im Tagebau von 10 1/2 Stunden auf 10 Stunden und in den durchgehenden Betrieben ab 1. Dezember 1928 von 11 auf 10 1/2 Stunden reduziert. Diese Arbeitszeitverkürzungen traten alle noch im Jahre 1928 in Kraft und trotzdem betrug die Belegschaftsziffer im ersten Quartal 1929 weniger als in den drei vorhergehenden Quartalen des Jahres 1928.

Diese Tatsachen zeigen zur Genüge, daß eine Verbindung zwischen Schichtzeit und Belegschaft nicht in dem Ausmaße besteht, wie es die Unternehmer behaupten. Durch die sinkende Belegschaftsziffer trotz Arbeitszeitverkürzungen haben die Unternehmer erheblichen Aufwand an Lohngebern erspart, was nur möglich war, weil heute auf den einzelnen Arbeiter eine viel ja klar, wenn im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau die Produktion von 1913 bis 1928, wie ich Ihnen vorhin sagte, um 78,3 Prozent stieg und in der gleichen Zeit die Gesamtschichtzeit westlich der Elbe sich nur um 7 Prozent und östlich der Elbe nur um 31 Prozent erhöhte, daß dann auf den einzelnen Arbeiter eine viel höhere Förderung entfallen muß. Hier zeigen sich die

Erfolge der Rationalisierung

ganz offensichtlich. Am Leistungsergebnis je Mann und Schicht finden Sie Ihren sichtbaren Ausdruck. Wollen Sie bitte bedenken, daß im ersten Quartal des Jahres 1929 im westfälischen Braunkohlenbergbau ein Arbeiter im Tagebau über 16 Tonnen Kohle in einer Schicht förderte. Sehen wir 1913 = 100, so ergibt sich für das erste Vierteljahr 1928 eine Prozentziffer von 235,7. Im ostfälischen Revier ist der Leistungseffekt für Arbeiter im Tagebau von 7,7 Tonnen im Jahre 1913 auf 14,9 Tonnen im ersten Vierteljahr 1929 gestiegen, was einer Steigerung von rund 90 Prozent gleichkommt. Freilich sind im Tiefbau die Rationalisierungsergebnisse nicht so groß wie im Tagebau, da dort der Maschinenanwendung erheblich größere Widerstände entgegenstehen. Immerhin kann festgestellt werden, daß im ostfälischen Revier auch im Tiefbau gegenüber der Vorkriegszeit die Schichtleistung von 3,7 auf 4,6 Tonnen gestiegen ist und daß im Ostrevier der Leistungseffekt ebenfalls schon seit 1924 in dauerndem Steigen begriffen ist.

Einige Worte darüber, wie sich

das gestiegene Leistungsergebnis

auf die Rentabilität der Werke auswirkt. Hoher Förderanteil heißt niedriger Lohnanteil. In demselben Maße wie sich die Schichtleistung pro Mann erhöht, sinkt die Lohnbelastung je Tonne Kohle. Dadurch erhöht naturgemäß der Unternehmerngewinn eine gewaltige Steigerung. Nun sind freilich unsere Unternehmer um Einwände nicht verlegen. Sie operieren gern mit dem Argument, daß die gestiegene Schichtfördereleistung fast ausschließlich auf erhöhte Maschinenanwendung zurückzuführen sei und der Lohn unseres eisernen Konkurrenten, eben der Maschine, so hoch sei, daß keine Mittel mehr blieben, um dem Bergmann Lohn erhöhungen zu gewähren. So richtig die Tatsache sein mag, daß die gewaltige Steigerung der Schichtfördereleistung auch ein Ergebnis der vermehrten Maschinenanwendung ist, so muß doch dem Einwand, der Maschinenlohn frese alle Rationalisierungserfolge auf, mit Entschiedenheit entgegengetreten werden. Wir wissen, daß das in Maschinen angelegte Kapital verzinst werden muß. Wir wissen auch, daß bestimmte Beträge des Betriebsergebnisses alljährlich zurückgelegt werden müssen, um Reserven zur Neuananschaffung von Maschinen zu haben, wenn die alten verbraucht sind. Die Mittel hierfür werden bekanntlich als Abschreibungen bezeichnet und über die Höhe der Abschreibungen tobt ja seit langem ein Kampf nicht nur zwischen den Interessenvertretungen, Arbeitgeber und Gewerkschaften, sondern auch die wissenschaftliche Welt ist sich darüber keinesfalls klar. Abschreibungsmethoden und Abschreibungssätze, wie sie Schmalenbach in seinem, man möchte beinahe schon sagen: berückichtigten Gutachten gefordert hat, sind selbst von der Fachpresse als Utopie bezeichnet worden. Aber selbst bei verhältnismäßig günstiger Reiserbeibildung war es den mitteldeutschen Braunkohलगesellschaften, wie ihre Bilanzen aufweisen, immer noch möglich,

außerordentlich hohe Gewinne

zu erzielen. Wollen Sie bitte bedenken, daß im letzten Geschäftsjahr die „Ufe“ einen Reingewinn von über 7 Millionen Mark hatte und 10 Prozent Dividende auszusütten vermochte, daß die Niederlausitzer Kohlenwerke mit 2,6 Millionen Reingewinn und 10 Prozent Dividende, die „Eintracht“ ebenfalls mit 2,6 Millionen Mark Reingewinn und 10 Prozent Dividende abschlossen und daß die „Hubiag“ ebenfalls über 2 Millionen Reingewinn erwirtschaftete und 10 Prozent Dividende auszusütten konnte. Hierin spiegelt sich die gute Konjunktur wider, die im Braunkohlenbergbau schon Jahre hindurch festzustellen ist. Ich habe nur einige Beispiele genannt, aber Borsich-Weissenfels, die Braunkohलगesellschaft der Westfalen und viele andere noch, deren Aufzählung ich mir ersparen will, haben ebenfalls eine Durchschnittsdividende von 10 Prozent zu erwirtschaften vermocht. Dazu kommt noch, daß erhebliche Beträge in Reserve gestellt worden

sind, die zur Gesundung und Kräftigung der Unternehmen den Gesellschaften erhalten geblieben sind.

Das alles zeigt uns zur Genüge, daß der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau die von uns geforderte Lohn erhöhungen tragen kann. Kein einsichtiger Unternehmer, aber auch keine sonstige Stelle, die in den sozialen Streit um die Lohngestaltung mit eingreift, kann sich diesen Argumenten verschließen. Aber wir wissen ja zu genau, daß der Appell an die wirtschaftliche Einsicht hierbei nicht genügt. Unser Recht müssen wir uns durch Einsetzen unserer Macht erkämpfen. Und es wird uns um so früher gegeben, je größer diese Macht ist, mit der wir am Verhandlungstisch, und wenn es sein muß, auf offenem Kampffeld operieren können. Sie alle, sehr verehrte Kameraden, können in der Zeit, die uns noch zur Verfügung steht, außerordentlich viel dazu beitragen, daß das Gewicht, das wir bei den kommenden Auseinandersetzungen in die Waagschale zu werfen haben, so schwer ist, daß unsere berechtigten Forderungen Erfüllung finden. Arbeiten Sie deshalb in diesem Sinne, indem Sie keine Minute unbenutzt lassen, das Heer der im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau organisierten Arbeiter zu vergrößern, zu verkräften, um mit Wucht, Einigkeit und Geschlossenheit kämpfen und siegen zu können.

Die Rede fand den einstimmigen Beifall der Konferenz.

Die mit sichtbarem Interesse aufgenommenen Ausführungen des Kameraden August Schmidt ergänzte Kamerad K e d d i g a u noch im einzelnen, indem er die einzelnen Forderungen an die Unternehmer besprach.

Die nachfolgende Aussprache war außerordentlich reger. Es kamen Kameraden aus allen mitteldeutschen Revieren zum Wort. Alle Kameraden, ganz gleichgültig, von welcher Organisation sie waren und aus welchem Revier sie kamen, stimmten vorbehaltlos den Ausführungen zu. Der Wunsch aller Diskussionsredner ging dahin, daß die Lohngruppen einteilung wesentlich umgestaltet werden müsse. Die heutigen Spannungen in der Lohnhöhe zwischen den einzelnen Gruppen sind völlig unhaltbar.

Die sogenannte Opposition, die schon seit Wochen einen sehr heftigen Presselampf, insbesondere gegen die Gewerkschaften, führte, trat mit einer einzigen Ausnahme überhaupt nicht in Erscheinung. Nur Kamerad K i t t e l scheint Auftrag gehabt zu haben, die schon seit langer Zeit in der kommunistischen Presse behaupteten Forderungen der Konferenz zu empfehlen. Er überreichte der Konferenzleitung die allgemein bekannten kommunistischen Forderungen in Form einer Entschließung.

In seinem Schlußwort sagte Schmidt noch, daß die von K i t t e l geforderte Kündigung des Mehrarbeitsabkommens während der Laufdauer des Vertrages nicht nötig sei und daß zunächst die Lohnfrage und die damit in Verbindung stehenden Angelegenheiten in einer gesonderten Lohnbewegung geregelt werden müßten. Im übrigen forderte er die Funktionäre auf, in den nächsten Wochen im Interesse der Lohnbewegung alles zu tun, um eine ungeforderte Einheit im Vorzuge herzustellen. Er fand den ungeteilten Beifall der Konferenz.

Mit über 500 gegen 13 Stimmen wurde die nachfolgende von den Gewerkschaftsleitungen eingereichte

Entschließung

angenommen:

„Die am 22. September 1929 in Halle tagende Konferenz von über 550 Funktionären aller am Tarifvertrag beteiligten Organisationen nimmt Stellung zur Lohnfrage im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau. Die Konferenz beauftragt die Gewerkschaften, zum nächstmöglichen Termin die jetzt geltenden Lohn tafeln zu kündigen. Die Konferenz fordert:

1. Erhöhung der Durchschnittslöhne unter besonderer Berücksichtigung der Löhne der Jugendlichen und der Arbeiterinnen sowie Lehrlinge um 1 Mark je Schicht;
2. Verringerung der Spanne zwischen Kern- und Randrevieren;
3. Aenderung der Lohngruppeneinteilung.

Die Funktionäre der Gewerkschaften rufen hiermit die Belegschaften des gesamten mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues auf, sich geschlossen hinter diese Forderungen zu stellen. Von der Stärke der gewerkschaftlichen Machtentfaltung hängt der Erfolg ab.

Die Gewerkschaftsfunktionäre fordern zum eigenen Wohle aller im Braunkohlenbergbau Beschäftigten und ihrer Familien die Unorganisierten auf, restlos den Gewerkschaften beizutreten!

Die Konferenz hat ein musterträugliches Bild gewerkschaftlicher Disziplin. Das ist ein gutes Zeichen für den Verlauf der eingeleiteten Lohnbewegung. Mit einem aufmerksamen Schlußwort und einem Hoch auf die Gewerkschaften schloß Kamerad K e d d i g a u die imponant verlaufene Konferenz.

Jahresbericht des Rhein.-Westf. Kohlen-Syndikats.

Der Bericht für die Zeit von Ende März 1928 bis dahin 1929 bezeichnet das Geschäftsjahr als das Jahr einer langsam abgleitenden Konjunktur. Kapitalmangel und hoher Zinssfuß drückten auf die Wirtschaft, ebenso die Reparationsverpflichtungen. Auch nach dem Young-Plan seien diese Lasten wirtschaftlich untragbar und bedeuteten eine prohibitive Vorbelastung Deutschlands. Statt einer Bekämpfung fürchteten deshalb weite Wirtschaftskreise eine fortschreitende Verfaulung der deutschen Industrie an das Ausland und für die Betriebe, für die dieser Weg ungangbar sei, den Zusammenbruch.

Und scheint diese Wirtschaftsbetrachtung reichlich pessimistisch. Der Kohlenbergbau hat, besonders im Jahre 1928, für diese Betrachtung bisher keinen Anlaß gegeben. Auch die Ueberfremdung, die Vereinnahmung ausländischen Kapitals in die deutsche Industrie scheint bloßfährlich zu werden, besonders soweit die Schwerindustrie und der Kohlenbergbau in Frage kommen. Hier sind aus laufenden Mitteln in den letzten Jahren außerordentlich viel Neuanlagen errichtet worden, ebenso Reserven angesammelt, so daß dahinter die Auslandsverschuldung sehr zurücktritt.

Im Ruhrbergbau sind die Neuanlegungen in diesem Jahre sehr bemerkenswert. Es wurden neu angelegt:

Februar	674 Arbeiter
März	1178 "
April	2002 "
Mai	2691 "
Juni	3482 "
Juli	3003 "

Das sind insgesamt 13 430 Neuanlegungen, so daß die Belegschaftsziffer von 365 104 im Januar auf 378 834 im Juli gestiegen ist. — Durch die Belegschaftsvermehrung hat der bergmännische Arbeitsmarkt eine fühlbare Entlastung erfahren. Nach den Berichten des Landesarbeitsamts in Dortmund betrug die Zahl der arbeitssuchenden Bergarbeiter:

	Insgesamt	dabon Hauer und Lehrhauer	Schlepper, Reparaturhauer u. Tageelberbeiter
Anfang Januar	16 850	7695	9155
Mitte Mai	8 363	3530	4833
Mitte Juli	4 050	1218	2832
Mitte August	2 096	509	1587

Die Produktion zeigte einen lebhaften Aufstieg. Es wurden gefördert arbeitsmäßig:

1913	380 000 To.
1928	378 000 "
1929 (Januar bis Juli)	398 000 "

Es wurden also während der ersten sieben Monate des laufenden Jahres arbeitsmäßig 4,7 Prozent mehr als 1913 und 5,2 Prozent mehr als 1928 gefördert.

Die Leistung je Mann und Schicht ist ebenfalls im letzten Steigen begriffen. Der Schichtförderanteil der Gesamtbelegschaft betrug im

Januar	1240 kg.
April	1269 "
Juni	1277 "

Damit senkte sich der Lohnanteil je Tonne Kohle und verbesserte sich das Geschäftsergebnis. Es betrug während derselben Monate das Gesamteinkommen je Schicht und der Lohnanteil je Förder-tonne:

	Gesamteinkommen	Lohnanteil
Januar	10,29 M.	8,30 M.
April	10,27 M.	8,10 M.
Juni	10,33 M.	8,09 M.

Es ist also von Januar bis Juni der Wert des Gesamteinkommens um 4 Pf. gestiegen, während in der gleichen Zeit der Lohnanteil pro geförderter Tonne Kohle um 21 Pf. gesunken ist. All das rechtfertigt eine pessimistische Betrachtung von Seiten der Industrie kaum.

Der Kohlenbergbau litt nach dem Bericht unter verschiedenen Sonderereignissen, so dem Rheinisch-Westfälischen und dem westdeutschen Eisenkonflikt.

Zur internationalen Kohlenverständigung sagt der Bericht:

Wir können deshalb auch hier nur wieder feststellen, daß trotz klarer Erkenntnis der Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit internationaler Vereinbarungen die Voraussetzungen dafür in England noch nicht vorliegen. Die innere Einstellung ist hier und da heute einer Verständigung vielleicht sogar noch weniger günstig als vor einem Jahre, als es dem englischen Kohlenbergbau noch schlechter ging, denn für diesen war das vergangene Jahr ein Jahr des Fortschritts nicht nur in der Kartellierung, sondern auch in der Rationalisierung und durch Frachtverbesserungen und Steuerbegünstigungen, die ihm zuteil wurden, während wir eine Erhöhung der Eisenbahnfrachten tragen mußten.

Hoffentlich trägt die neuere Entwicklung in England auch diese pessimistische Auffassung. Wenn man die internationale Verständigung fördern will, darf man diese natürlich nicht, wie Herr Dr. Herbig das vor kurzem tat, als eine Privatdomäne der Unternehmer betrachten. Von einem kommenden politischen Kohlenkontingent, dem holländischen Produktionsfortschritt, der Erschießung des belgischen Campinebeckens und der guten Produktionsentwicklung in Frankreich fürchtet der Bericht weitere Rückschläge für Deutschland.

Die Kohlenpreise konnten im Geschäftsjahr in geringem Umfang erhöht werden, im Winter auch die Kokspreise. Die Preis-erhöhungen vom Mai 1928 hatten im Syndikat scharfe Gegenstöße zur Folge, die durch ein Schiedsgericht ausgeglichen werden sollten, was aber nicht gelang. Diese und andere Streitfragen werden immer mehr unter dem Gesichtswinkel der Syndikats-erneuerung betrachtet. Ein besonderer Ausschuss soll diese Schwierigkeiten möglichst beseitigen.

Die Entwicklung des Festförderkohlenpreises, der als Grundpreis für die Bemessung aller übrigen Preise des Syndikats dient, sowie des Preises für Festfällkohle I und Hochofens-koks I zeigt folgende Uebersicht (in Mark):

	Festförderkohle	Festfällkohle I	Hochofens-koks I
1913	12,00	14,00	18,50
1925 1. Oktober	14,92	19,90	23,88
15. Oktober	—	—	22,50
1. Dezember	—	—	22,00
1926 1. März	—	—	21,50
1. April	14,87	19,84	21,45
1928 1. Mai	16,87	22,00	21,45
16. Dezember	—	—	23,50

Zur Frage der Erlöse möchten wir bemerken: Während der letzten Monate haben sich auch die Erlöse aus den in den sogenannten beschränkten Gebieten abgeschlossenen Geschäften verbessert, da die englischen Frachtsätze und auch die englischen Kokspreise gestiegen sind. Es betrug die Fracht von der englischen Küste nach Hamburg Anfang

Januar	4,08 M.
April	4,33 M.
Juli	5,23 M.
September	5,36 M.

Über nicht nur die gestiegene Kohlenfracht wirkte in den beschränkten Gebieten preis erhöhend, sondern auch die Kokspreise (frei an Nord englische Küste) sind gestiegen. So kostete beispielsweise eine Tonne beste Durham-Gastkohle Anfang

Januar	15,30—15,56 M.
April	15,81—16,32 M.
Juli	16,88—17,85 M.
September	17,09—17,85 M.

Die Syndikatsumlage betrug je Tonne im April 1928 1,48 M., dann im Oktober 2,20 M., November 2,45 M., Dezember und Januar je 2,20 M., Februar 1,80 M. und März 2 M.

Verkaufsbeteiligung und Förderung gestalteten sich wie folgt:

	Verkaufsbeteiligung	Gegen das Vorjahr mehr oder weniger	Förderung	Gegen das Vorjahr mehr oder weniger	
1924/25	111 166 105	+ 1524 473	— 1,35	04 180 640	+ 51 509 008
1925/26	130 842 292	+ 19 676 187	+ 17,70	101 304 011	+ 7 123 302
1926/27	133 430 987	+ 2 587 695	+ 3,51	117 089 806	+ 15 785 685
1927/28	136 475 274	+ 1 035 287	+ 0,78	117 413 818	+ 323 020
1928/29	137 336 892	+ 861 618	+ 0,63	111 774 888	+ 5 368 833

Die rechnungsmäßige Koks-beteiligung betrug im Jahresdurchschnitt:

	Zo.	Gegen das Vorjahr mehr oder weniger
1924/25	24 737 364	— 481 060
1925/26	26 397 083	+ 1 659 719
1926/27	27 908 289	+ 1 511 206
1927/28	29 918 856	+ 2 010 657
1928/29	37 697 235	+ 7 778 379

Die Koks-beteiligung ist infolge der vielen Neuanlagen enorm gestiegen. Man kann die Befriedigung nicht von der Hand weisen, daß die Neuanlagen den Zukunftsbedarf erheblich übersteigen.

Ueber Ausfuhr und Einfuhr unterrichten nachstehende Tabellen:

	Ausfuhr		Einfuhr	
	1927	1928	1927	1928
Frankreich	10 664	10 257	2 454	—
Belgien	5 791	4 145	1 071	2
Italien	4 754	4 877	1 082	—
Deutschösterreich	492	619	424	—
Ungarn	51	66	25	—
Ost-Oberösterreich	31	63	17	13
Danzig	—	9	8	—
Memel	7	4	5	—
Holland	7 083	7 123	1 366	419
Schweden	1 525	1 077	215	—
Norwegen	224	106	25	—
Dänemark	545	322	116	—
Schweiz	998	1 066	301	—
Fischelkloster	1 516	1 787	520	292
Südamerika	305	403	62	—
Luxemburg	3 127	3 215	859	—
Saargebiet	265	221	105	1 172
Großbritannien	—	—	—	3 199
Lothringen	—	—	—	143
Anderer Länder	1 657	909	233	48
Zusammen:	39 118	36 129	8 891	5 288

(Alles in 1000 To., Koks auf Kohle im Verhältnis von 3 zu 4 umgerechnet.)

Dem „Bergknappen“ ins Stammbuch.

Um die christlichen Gewerkschaften scheint es ziemlich schlecht bestellt zu sein. Während die freien Gewerkschaften sich in den letzten Jahren um mehrere hunderttausend Mitglieder vermehrten, kommen die christlichen Gewerkschaften nicht vorwärts. Das macht sie natürlich neidisch auf uns. Der Neidische fängt man bekanntlich immer gern an zu schimpfen. Auch in diesem Falle ist das zu beobachten, denn auch die „Christlichen“ schimpfen auf uns, weil die Arbeiter zu uns und nicht zu ihnen kommen. Denn man solle sich doch die Gefahr ausmalen, die aus dieser Tatsache erwächst! Wir, die freien Gewerkschaften, organisierten die Arbeiter deshalb, weil wir es auf das Seelenheil und die Religiosität der Arbeiter abgesehen hätten. Der Beweis wäre gar viele hierfür vorhanden. Darum müßten die Arbeiter hierüber aufgeklärt werden, um sie den Reichen der religiösen Gralshüter, der christlichen Gewerkschaften, zuzuführen.

An der Spitze dieser Heze finden wir neuerdings auch den „Bergknappen“, das Organ des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter. So hat er in seiner letzten Nummer wieder den Raum einer ganzen Seite auf diese Hezpropaganda verwendet. An und für sich — wir gestehen das offen — amüßeren wir uns über solches Getue. Wir wissen nämlich, daß kein vernünftiger Mensch (und jeder Arbeiter, der den Organisationsgedanken erfaßt hat, ist vernünftig) solche Kinderleihen noch ernst nimmt. Sie sind uns Beweis dafür, wie rat- und erfolglos der Gewerkschaftsverein mit seiner Weibarbeit und seinem Werbewollen dasteht. In seiner Mut will er nun seinen „Konkurrenten“, also den alten Verband, ebenfalls so schlecht zu machen suchen, daß auch seiner Weibarbeit kein Erfolg beschieden sein möchte. Und wiiiiee schlecht wir sind? Man lese den „Bergknappen“, um zu erfahren, daß innerhalb des vierzigjährigen Bestehens unseres Verbandes mindestens drei- oder viermal in unserem Organ Stellen zu finden waren, die offensichtlich erkennen lassen, daß die Schreiber derselben keine Katholikengläubige waren, sondern Leute, die es — man denke immer daran: drei- oder viermal in vierzig Jahren! — wagten, ihrer eigenen Ueberzeugung in religiösen Fragen Ausdruck zu geben. Ist das nicht schrecklich? — Wir hören nur Gelächter! Gelächter über diese naiven Narren, die da glauben, heute noch mit solchen Kinderleihen erwachsene Leute schrecken zu können.

Im dem Rückgang der Ausfuhr war zum überwiegenden Teil Belgien beteiligt, wobei im Jahre 1928 nur 4 145 000 To. ausgeführt wurden gegen 5 791 000 To. im 1927, das sind 1 646 000 To. oder 28,42 Prozent weniger. Einen erheblichen Rückgang verfuhr ferner die Ausfuhr nach den nordischen Staaten auf, wo die polnische und englische Kohle in sehr starkem Wettbewerb mit der Ruhrkohle steht. Die Einfuhr aus England erreichte die Höhe von 4 262 000 To., das sind 1 083 000 To. oder 33,23 Prozent mehr als im Jahre 1927. Die prozentual höchste Steigerung wies doch Holland auf, das seine Einfuhr nach Deutschland von 419 000 Tonnen in 1927 auf 871 000 To. erhöhen konnte, was einer Steigerung von 452 000 To. oder 107,88 Prozent entspricht.

Die Ausfuhr des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats betrug in Tonnen:

	Insgesamt	Zwangslieferungen insgesamt	Ausfuhr und Zwangslieferungen insgesamt
Geschäftsjahr 1913	24 767 129	—	—
1. 1. 1924 bis 31. 3. 1925	8 304 577	15 054 694	23 359 271
1. 4. 1925 bis 31. 3. 1926	16 119 284	14 050 180	30 169 464
Geschäftsjahr 1927/28	37 362 195	9 249 296	46 511 491
Geschäftsjahr 1927/28	28 973 166	3 589 107	32 562 573
Geschäftsjahr 1928/29	27 616 962	1 196 669	28 812 731

Beim Vergleich mit 1913 ist zu beachten, daß in den Jahren der Nachkriegsjahre große Mengen als Ausfuhr und Reparationslieferungen erschienen, die 1913 Inlandmengen (Eisab-Vorbringen Saar) waren. Für den Vergleich der letzten Jahre untereinander ist die letzte Spalte maßgebend, weil im Laufe dieser Jahre Verschiebungen innerhalb der Reparationslieferungen von Zwangslieferungen zu Freivertragslieferungen stattfanden.

Die Entwicklung der Zwangslieferungen, soweit sie auf das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat entfielen, zeigt nachstehende Zahlentafel (in Tonnen):

	Kohle u. Briketts	Koks
September 1919 bis März 1920	1 818 211	1 406 248
Geschäftsjahr 1920/21	9 935 000	4 487 344
Geschäftsjahr 1921/22	10 071 283	4 309 165
Geschäftsjahr 1922/23	6 585 401	4 923 430
1. April 1923 bis 15. Januar 1924	3 704 526	1 901 778
16. Januar 1924 bis 31. März 1924	3 223 930	789 955
1. April 1924 bis 31. März 1924	6 928 456	2 691 733
1. April 1924 bis 30. September 1924	6 106 288	1 892 463
1. Oktober 1924 bis 31. März 1925	3 947 474	2 015 093
1. April 1924 bis 31. März 1925	10 053 762	3 907 555
1925, April	1 520 271	355 086
Geschäftsjahr 1924/25 (13 Monate)	10 574 033	4 262 611
Geschäftsjahr 1925/26 (11 Monate)	9 407 422	2 860 454
1. April 1925 bis 31. März 1926	9 927 693	3 215 540
Geschäftsjahr 1926/27	6 862 613	1 861 613
Geschäftsjahr 1927/28	3 565 749	18 153
Geschäftsjahr 1928/29	1 164 902	24 778
Sept. 1919 bis einschl. März 1929	66 913 070	26 795 859

Auf Grund der Konvention von Köln und Brüssel und des italienischen Vertrags wurden im Berichtsjahr geliefert und über den Generalagenten verrechnet: 8 232 991 To. Kohle und Briketts sowie 2 314 519 To. Koks.

Ein Aufsichtsratsmitglied 600 000 Mark!

Der größte deutsche Kunststoffsabrikant, die Vereinigte Glasstoffsabrikanten A.-G., ist bekanntlich in eine holländische Spitzengesellschaft eingebracht worden. Diese holländische Gesellschaft gibt jetzt ihre Satzungen bekannt. Aus diesen ist zu ersehen, daß hinfort 30 Prozent des über 6 Prozent hinausgehenden Reingewinns als Lantime an Vorstand und Aufsichtsrat zu verteilen sind. Bei Glasstoffs kamen in den letzten Jahren 18 Prozent Dividende zur Verteilung. Wird dieser Satz auch von der neuen Gesellschaft beibehalten, dann erhält ein Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglied das nette Stimmchen von über 600 000 Mark. Bisher mußte man sich mit „nur“ 160 000 M. begnügen. Dafür müssen die Proleten der Kunststoffsindustrie nun schaffen!

Wenn darin nämlich die große Gefahr für das Seelenheil der Arbeiter enthalten ist, dann sind sie nicht mehr zu retten, sind sie rüber verloren. Dann bliebe nur die eine Möglichkeit, die Katholiken unter Glas zu stellen, damit sie mit dem Leben nirgends in Berührung kommen. Wirklich, Kollegen vom christlichen Gewerksverein: wir empfehlen dringend, das doch einmal ernstlich zu überlegen. Nur — das hätten wir beinahe vergessen! — geht den unter Glas Gestellten dann als Aufsichtsratsmitglied keine Sekretäre des christlichen Gewerksvereins bei! Das hieße nämlich den Bod zum Gärtner machen. Denn wenn schon die Leute vom alten Verband „religiös gefährlich“ sind (es gibt zwar dafür nur ganz wenige „Beweise“ — siehe „Bergknappen“), dann können wir verraten, daß es mit den christlichen Sekretären zumindest nicht besser bestellt ist. Prüfet jedoch selbst!

Auf der Ersten Internationalen Konferenz christlicher Gewerkschaftsführer in Zürich kam es zu folgenden zornigen Kundgebungen gegen die Bischöfe:

Schiffer: „In diesem Saale sind viele Katholiken — ich bin auch einer; aber bei aller Hochachtung und Ehrfurcht vor unseren geistlichen Oberhirten, namentlich unseren Bischöfen, sage ich doch: Hochwürdigste Herren Bischöfe, bis hierher und nicht weiter! (Lebhaftes Bravo!) Sie haben das Recht und die Pflicht, in religiösen und kirchlichen Dingen uns die Wege zu weisen, aber wo es sich um rein wirtschaftliche Dinge handelt, hat der Bischof kein Recht, ein Machtwort zu sprechen. (Beifall.) Und die holländischen Herren Bischöfe haben sich obendrein noch die Ungerechtigkeit — ich spreche das offen aus — zuschulden kommen lassen, daß sie nur den Arbeitern den Beitritt zu den interprofessionellen Vereinigungen verbieten wollen. Wir haben nichts davon gehört, daß man den Fabrikanten, den Handwerker, den Bauern eine solche Beschränkung auferlegt — nur den Arbeitern, den armen Arbeitern müdet man sie zu!“

Stegerwald: „Zur erfolgreichen Durchführung eines Streiks gehört eine möglichst große Geschlossenheit; diese erzielt man ganz gewiß nicht dadurch, daß man die kämpfenden Arbeiter konfessionell zersplittert! (Beifall.) Die Holländer berufen sich auf die Kundgebungen der holländischen Bischöfe, nach der den katholischen Arbeitern verboten sein soll, sich interprofessionell zu organisieren. Ich bin der Meinung, das können die Bischöfe gar nicht verbieten. Wenn die Unternehmer sich zu wirtschaftlichen Bünden vereinigen dürfen, ohne daß die kirch-

lichen Behörden sich hineinmischen, so nehmen wir dasselbe Recht auch für die Arbeiter in Anspruch (Weißfall), und solange die Kirchenfürsten den Unternehmern nicht verbieten, sich mit Andersgläubigen zu wirtschaftlichen Zwecken zusammenzuschließen, so lange hat der Papst und kein Bischof das Recht, den Arbeitern vorzuschreiben, wie sie sich gewerkschaftlich zu organisieren haben." (Weißfaller Weisfall.)

Wie hier: „Deshalb ist es unsere Pflicht, wenn es sein muß, den kirchlichen Oberen beizubringen, daß es ein Unbist ist, in den wirtschaftlichen Kämpfen die katholischen Arbeiter von ihren evangelischen Genossen zu trennen.“ (Weißfall.)

Nach der Züricher Konferenz erklärte dann Hüster in Landweiler:

„In Zürich hatten die Kollegen Schiffer und Stegerwald endlich die richtigen Worte gefunden, als sie den Bischöfen zuriefen: „Bis hierher und nicht weiter!“ Daß kein Papst und kein Bischof den katholischen Arbeitern vorschreiben könne, wie sie sich zu organisieren hätten! Obwohl! Niemand kann und darf uns Vorschriften machen, und ich bedauere, daß diese Worte nicht schon vor dreizehn Jahren gesprochen worden sind. Mühe kommen, was will, wir werden die Konsequenzen tragen, und ich spreche nochmals aus: „Die Geistlichkeit hat in unsere wirtschaftlichen Fragen nicht mehr hineinzuweisen!“ Das sage ich, auf die Gefahr hin, daß daraus noch Folgen entstehen. Wir wollen Klarheit!“

Ob solcher Reden schrieb die „Neunkirchner Zeitung“ am 12. August 1908:

„Die deutschen Katholiken müssen Reden, wie die von den christlichen Gewerkschaftsführern Schiffer und Stegerwald, als eine Schmach und Schande vor den Katholiken der ganzen Welt empfinden.“

Im Oktober 1908 schrieb die den christlichen Gewerkschaften nahestehende „Neunkirchner Volkszeitung“:

„Die Tätigkeit der Fachabteilungsgeistlichen durch Dineinsetzen kirchlicher Institutionen in den Gewerkschaftsstreit hat schon das größte Vergehen erregt. In großer Zahl üben heute schon katholische Bergleute ihre Weichheitspflicht nicht mehr bei ihrem heimischen (Fachabteilungs-) Geistlichen aus, sondern sie suchen die Weichheit von Geistlichen in anderen Ortsgemeinden, nur um vor den ewigen Belästigungen im Weichheitsstahl wegen ihrer Zugehörigkeit zur christlichen Gewerkschaft sicher zu sein. Der Weichheitsgeist macht sich von dem Treiben der Fachabteilungsgeistlichen gar keinen Begriff. Sonntag für Sonntag wird in teils offener, teils verdeckter Weise die Kanzel in unverantwortlichen Beherrschungen gegen die christlichen Gewerkschaften benutzt. Von Sulzbach aus gingen vor einiger Zeit Sonntag für Sonntag eine Anzahl katholischer Gewerkschaftler nach dem benachbarten Dudweiler zur Kirche, nur um in ihrer Heimatgemeinde nicht fortgesetzt die offenen und verdeckten Angriffe gegen die christlichen Gewerkschaften von der Kanzel herunter hören zu müssen. In einem Dorfe der Thöleher Gegend hatte der Ortsgeistliche von heiliger Stätte aus fortgesetzt gegen die christlichen Gewerkschaften gedonnert und die Bergmannsfrauen derart fanatisiert, daß diese ihren nur Sonntags von der Grube heimkehrenden christlich-organisierten Männern die schrecklichsten Szenen machten. Einem Bergmann wurde das Treiben seiner Frau so arg, daß er es vorzog, mehrere Wochen im Quartier zu bleiben und Sonntags nicht nach Hause zu gehen!“

In einem anderen Orte hatte die Zahlstelle des christlichen Gewerkschafts den Geburtstag des Kaisers gefeiert und die Feier etwas lange ausgedehnt. Am nächsten Sonntag machte der Ortsgeistliche, der sonst alle anderen Vereine beim Feiern ruhig gelassen ließ, diese Kaisergeburtstagsfeier zum Gegenstand einer Predigt. Der Schluß der Predigt lautete etwa wie folgt: „Verflucht sei das Haus, in dem das Fest stattfand, verflucht sei der Wirt, dieser Hausbesitzer, verflucht sei jeder Stein, der auf dem andern ist, verflucht sind alle, die an dem Feste teilnehmen usw.“ Ein anderer Geistlicher verglich von der Kanzel herunter die christlichen Gewerkschaftsleiter mit ungetreuen Hausvätern. Ein Fachabteilungsgeistlicher im Landkreis Trier warf dem christlichen Gewerkschaftsleiter Hüster ganz unverblümt vor, er habe sich von den Feinden der katholischen Kirche bestechen lassen.“

Giesberts teilte in Versammlungen mit, wie katholische Geistliche, die auf Fachabteilungsseite stehen, christlichen Gewerkschaftern die Absolution verweigerten. Hüster erklärte, wenn es gegen die christlichen Gewerkschaften geht, dann ist jedes Mittel heilig. „Der Zweck heiligt die Mittel.“ So äußert sich der Kampf der Christen gegen die Fachabteiler.

Wir erinnern auch an den bekannten Pressestreit zwischen Hüster und dem Dekananten Hansen. Bekanntlich war Hüster früher „christlicher“ Bezirksleiter im Saargebiet. Dort geriet er mit einigen Geistlichen, Vertrauenspersonen des Bischofs Korum, in die Haare. Wie es dabei zugeing, darüber veröffentlichte der geistliche Herr Dekanant Hansen aus Jüdingen an der Saar am 8. August 1908 in der „Neunkirchner Zeitung“ Erklärungen gegen abstreitende Widersprüche des Herrn Hüster. Herr Dekanant Hansen machte darauf Hüster den schweren Vorwurf, daß er Miene und Sprache eines Geistlichen in einer Versammlung nachgehakt habe und daß er ferner auf einen baldigen Tod des Bischofs von Trier hingewiesen, wo dann nachher die christlichen Gewerkschaften in der Diözese Trier die katholischen Fachabteilungen abzuwerfen gedächten.

„Christlich-interkonfessioneller Terrorismus“, so überschrieb der „Arbeiter“ (Fachabteilungsorgan) im Jahre 1908 einen Artikel, worin folgender Fall aus dem Saargebiet geschildert wurde: Frau Johann Graf hatte in Gemeinschaft mit der Ledamme Verwiang aus Steinbach und des Adlers Johann Hoffmann am zweiten Weihnachtstage von Dörzdorf ein Kind zur Laufe in die Pfarrkirche nach Zalegweiler gebracht. Den dazu benutzten Wagen hatten sie in der Gastwirtschaft Schmidt in Zalegweiler untergebracht. Als sie nach der heiligen Handlung zum Wagen wieder zurückkehrten, trafen sie dort vier christliche Gewerkschaftler: Heinrich Mark, Johann Ries, Bergmann Kirisch und Knappschäftler Bauh, die sofort mit Fragen über die Frauen herfielen: „Ist der Getaupte ein christlicher Gewerkschaftler oder ein katholischer Fachabteiler?“ Als die Frauen sagten, daß der Vater Mitglied unseres Arbeitervereins und der Bergbauunternehmensleiter sei, erklärten die christlichen Gewerkschaftler nacheinander folgendes: Johann Ries: „Dann sollten sie ihm, dem Täufling, lieber den Hals abschneiden!“ — Knappschäftler Bauh: „Sie sollten ihm den Hals zerkleinern!“ — Heinrich Mark: „Geht mit dem Kind mal her, ich nehme es an die Weime und schlage es mit dem Kopf gegen die Wand.“ — Bergmann Kirisch: „Laßt es mich mal in die Augen gucken.“ Darauf: „Ja, es ist nicht mehr wert.“ — Die Frauen konnten sich und das Kind vor weiteren Beschimpfungen nur dadurch retten, daß sie schleunigst die Gastwirtschaft verließen.

Das genannte Blatt bemerkt dazu: „Die Angreifer der weichen Frauen sind Katholiken... Welch ungläubliche Gehässigkeiten gegen die Mitglieder unseres katholischen Verbandes müssen demnach in den „christlichen“ Versammlungen verzapft worden sein, welcher Satz muß da gepredigt worden sein, der in solchen erbärmlichen Reden gegen die eigenen Glaubensgenossen zum Ausdruck kommt!“

In der „Saarpost“ schrieb im September 1906 der Gewerkschaftssekretär Hüster:

„Es war mir bis jetzt nicht recht klar, weshalb uns Katholiken eigentlich vorgeworfen wurde, wir huldigten meistens dem Grundsatz: „Der Zweck heiligt die Mittel.“ Seit ich aber durch meine Berufsarbeit gezwungen bin, den „Boten des Saarländlers“ und die „Neunkirchner Zeitung“ zu lesen, ist mir das klar geworden. Beides sind nämlich katholische Zeitungen. Sie huldigen, wenn es gegen die christlichen Gewerkschaften geht, dem Grundsatz: „Der Zweck heiligt die Mittel.“ Keine Lüge ist so dumm, als daß sie nicht in den Spalten der betreffenden Blätter Aufnahme fände.“

Wer soll die Unfallkosten im Bergbau tragen? Unser Verband fordert die Aenderung der §§ 1505 bis 1508 der RVO.

Die Hebe der Bergbauunternehmer und ihrer Goldschreiber, die in der letzten Zeit gegen die Knappschäfterversicherung getrieben wurde, muß die Bergarbeiter zur stärkeren Gegenwehr herausfordern. Nach unserer Auffassung kann dieser Hebe dadurch am besten begegnet werden, daß die Unfallkosten der besonderen Belastung der Knappschäfterversicherung aufgedeckt werden. Für die Knappschäfterversicherung wird dies in einer Eingabe besorgt, die unser Verband an den Reichsarbeitsminister dieser Tage richtete und die wir ihrer Wichtigkeit halber auch an dieser Stelle veröffentlichen:

Buchum, den 19. September 1929.

Im Auftrage des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands ersucht Endesunterzeichneter den Herrn Reichsarbeitsminister, bei der geordneten Körperperschaft dahin zu wirken, daß die §§ 1505 bis 1508 des Fünften Buches der Reichsversicherungsordnung, die von den Bestimmungen der Versicherungsträger zueinander handeln, in Hinsicht auf die Knappschäfterversicherung geändert werden, daß die Unfallversicherung der Knappschäfterversicherung für Krankheiten, die durch Unfälle bedingt werden, einen höheren Teil der Kosten erstattet, als dies nach den bisherigen Bestimmungen der angeführten Paragraphen geschieht.

Begründung:

In der Reichsknappschäfterversicherung werden zur Krankenversicherung höhere Beiträge als in der gesamten übrigen Krankenversicherung erhoben. Der durchschnittliche Beitragssatz betrug beispielsweise im Jahre 1928 bei der Reichsknappschäfterversicherung 7,33 Prozent der Lohnsumme, während er bei der übrigen Krankenversicherung nur 6,19 Prozent betrug. Diese Tatsache, die allgemein bekannt ist, hat in der letzten Zeit zu sehr gehässigen Angriffen gegen die Knappschäfterversicherung geführt. In einer Besprechung, die Ende 1928 Herr Ministerialdirektor Dr. Grieser mit Vertretern der Arbeiter und der Arbeitgeber des Bergbaues abhielt und in der die Frage behandelt wurde, ob der Reichsknappschäfterversicherung mit Reichsmitteln geholfen werden möchte, ist auch von dem Herrn Ministerialdirektor die Frage der hohen Beiträge zur knappschäftlichen Krankenversicherung angeschnitten worden. Ich habe in meiner Antwort auf diese Frage den Herrn Ministerialdirektor darauf hingewiesen, daß die höheren Beiträge zur knappschäftlichen Krankenversicherung neben der gesundheitsschädlichen Berufsarbeit in der Hauptfache durch die Mehrbelastung der Knappschäfterversicherung durch Unfälle verursacht werden. Diese Behauptung ließ sich leider damals nicht sogleich an Hand einwandfreier Zahlen nachweisen, weil eine Statistik, aus der dieser Nachweis zu entnehmen wäre, bei der Reichsknappschäfterversicherung erst vom 1. Januar 1928 ab einheitlich geführt wird. Nunmehr liegt aber das Ergebnis aus dem Jahre 1928 vor.

Danach betrug die Zahl der Krankheitsfälle, wie aus der beiliegenden Tabelle ersichtlich ist, 575 363, wovon 163 122 Krankheitsfälle sind, die durch Unfälle hervorgerufen wurden. Im Prozentfuß ausgedrückt, betragen die Krankheitsfälle wegen Unfälle von der Gesamtzahl aller Krankheitsfälle im gesamten Gebiet der Reichsknappschäfterversicherung 28,3. Von der Gesamtzahl der Krankheitsfälle wegen Unfälle von 163 122 entfielen 150 080 Krankheitsfälle auf Unfälle, die in den ersten acht Wochen geheilt wurden und für die die Unfallversicherung der knappschäftlichen Krankenversicherung keine Ersatzleistung zu gewähren braucht. Die Gesamtzahl der Krankheitskosten pro Mitglied betragen bei der Reichsknappschäfterversicherung nach Abzug der Familienhilfe im Durchschnitt auf den Krankheitsfall im Jahre 1928: 5,39 M. Da auf die Unfälle, deren Folgen in den ersten acht Wochen behoben worden sind, 2 882 107 Krankheitskosten entfallen, bedeutet es, daß 15 534 556,73 M. an Ausgaben der Knappschäfterversicherung von der Unfallversicherung nicht erstattet werden brauchen.

Die Rechnung, die hier aufgemacht wird, ist, obgleich hier die Fälle, die vor Beginn der neunten Woche zu Tode führten und für die die Kosten von der Berufsgenossenschaft erstattet werden, nicht abgezogen worden sind, eher zu niedrig als zu hoch, weil die durchschnittlichen Krankheitskosten pro Tag für die Behandlung von Unfallverletzten höher sein müssen, als die durchschnittlichen Krankheitskosten aller Erkrankten, da an vielen Orten die Sektionen der Knappschäfterversicherung die Unfallverletzten auch bei der geringsten Verletzung zum größten Teil der Krankenhausbehandlung überweisen und diese verhältnismäßig teuer ist.

Ein genauer Vergleich, wie die übrige Krankenversicherung durch Unfälle, deren Folgen vor Ablauf der achten Woche behoben werden, belastet wird, läßt sich leider nicht machen, da die übrige Krankenversicherung eine ähnliche Statistik wie die Knappschäfterversicherung nicht führt. Aus dem Bericht, den die Leipziger Ortskrankenkasse für 1927 herausgegeben und in dem sie mit einer gewissen Sorgfalt festgesetzt hatte, daß die Ausgabe dieser Kasse für Unfallverletzte immer größer wird, da 1927 die wegen Unfall Erkrankten 9,9 Prozent der gesamten Arbeitsfähigen ausgemacht hätten,

Von Hüster stammt auch das Wort, die Geistlichen gehören die Arbeiter.“ (Mitte März 1906.) „Die Pfaffen gehören in die Kirche!“ rief in einer Versammlung zu Trier (August 1906) ein christlicher Gewerkschaftsleiter aus. Hüster bestrich damals den Kaplan Dabach als „... vogel. Gewerkschaftsleiter Engel“ sagte in Bülbingen, daß er „sich schäme, ein Landmann des Trierer Bischofs zu sein!“

Diese wenigen Proben mögen genügen, um zu zeigen, um was der eigentliche Streit geht bei der schädlichen Kampfmethode, wie sie der „Verknappung“ neuerdings wieder angewandt beliebt. Es ist ausgeprossener Dummensinn, der sicherlich dem Gewerkschaftsverein die wenigsten Erfolge bringen wird, da die Dummheit immer weniger werden, auch unter den Bergarbeitern. Die ausgeklärten Arbeiter aber wissen von selbst, daß eine Organisation, die heute noch ihre Kräfte vergebend in weltanschaulicher Verhütung der Arbeiter, das eigentliche Gewerkschaftsproblem immer noch nicht erfaßt haben kann.

muß aber geschlossen werden, daß die Belastung der allgemeinen Krankenversicherung kaum den dritten Teil der Belastung der knappschäftlichen Krankenversicherung für Unfälle ausmacht. Wie in dieser Eingabe bereits erwähnt ist, betrug bei der Reichsknappschäfterversicherung die Zahl der Krankheitsfälle wegen Unfälle von der Zahl der gesamten Krankheitsfälle im Jahre 1928: 28,3 Prozent. In der am höchsten belasteten Bezirksknappschäfterversicherung, der Oberschlesischen Knappschäfterversicherung, betrug, wie aus der beigefügten Tabelle ersichtlich ist, dieser Prozentfuß sogar 35,7. Auch aus den „Mitteln Nachrichten des Reichsversicherungsamts“ für das Jahr 1928, Heft 12, geht hervor, daß die knappschäftliche Krankenkasse in einem viel höheren Maße durch Unfälle belastet wird als die übrige Krankenversicherung, da nach der dort veröffentlichten Aufstellung zum Beispiel bei den gesamten gewerblichen Berufsgenossenschaften 5,26 durch Unfall Verletzte und Erkrankte auf 1000 versicherte Personen entfielen, bei der Knappschäfterversicherung aber im gleichen Jahre 15,12.

Die 15 534 556,73 M., die die Reichsknappschäfterversicherung 1928 von den Sektionen der Knappschäfterversicherung nicht erstattet bekam, würden rund 1 Prozent der Lohnsummen ausmachen, welche die in der Krankenversicherung der Reichsknappschäfterversicherung Arbeiter verdient haben. Sogar kommt, daß 1928 im Bergbau fast gar keine Berufskrankheiten als entschädigungs-pflichtig im Sinne der Unfallversicherung in Frage kamen, weil die durch die Verordnung von 1925 anerkannten Berufskrankheiten im Bergbau keine wesentliche Rolle spielten. Sinegen hatten die Erkrankungen an schwerer Staublung, die erst durch die Verordnung vom 11. Februar 1920 als entschädigungspflichtig durch die Unfallversicherung anerkannt wurde, und die Erkrankungen der Bergarbeiter an ihrer typischen Berufskrankheit, dem Augenstarr, das noch nicht anerkannt ist, zur Belastung der knappschäftlichen Krankenversicherung in hohem Maße beigetragen. Sind doch beispielsweise allein bei der Ruhrknappschäfterversicherung im Jahre 1928 1112 Erkrankungen an Staublung und 2194 Erkrankungen an Augenstarr in der Regel 26 Wochen lang die Krankentafelentlastung in Anspruch nehmen, so ergibt sich, daß hier noch rund 600 000 Krankentage allein bei der Ruhrknappschäfterversicherung getragen werden müßten, da in anderen Berufsarten viel mehr Berufskrankheiten als entschädigungspflichtig im Sinne der Unfallversicherung anerkannt worden sind.

Würde man die knappschäftliche Krankenversicherung sinngemäß mit dem gleichen Maß messen wie die übrige Krankenversicherung und die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung dahin ändern, daß auch die Knappschäfterversicherung durch Unfälle nicht höher belastet werden dürfen als die übrige Krankenversicherung, so würden die Beiträge zur Krankenversicherung der Knappschäfterversicherung bald herabgedrückt werden können, da die Mehrbelastung, die durch die Schwere der Berufsarbeit bedingt wird, durch die niedrigeren Verweilungskosten zum Teil ausgeglichen würde.

In Anbetracht des Umstandes, daß die Ursachen der Mehrbelastung der knappschäftlichen Krankenversicherung sowohl den Bergbauunternehmern als auch den Sozialpolitikern, die ihnen nahestehen, wohl bekannt sind und nichtsdestoweniger festgestellt werden muß, daß diese Kreise gerade die Knappschäfterversicherung besonders heftig angreifen und die Behauptung aufstellen, daß hier eine unverantwortliche Ausnutzung durch die Versicherten Platz greife, würden Sie, Herr Minister, sich ein großes Verdienst erwerben, wenn Sie die Lastenverteilung anders regeln und somit einer ungerechtfertigten Hebe auch den scheinbaren Grund ihrer Verdrüssung entgegen würden.

Daß die Agitation gegen die Krankenversicherung in immer größerem Maße getrieben wird, geht schon aus der Tatsache hervor, daß die Tageszeitungen, von denen im Ruhrgebiet und auch in anderen Revieren bald jedes größere Blatt eine herausgibt, fast in jeder ihrer Nummern bewußt unwahre, die Knappschäfterversicherung herabsetzende Abhandlungen veröffentlicht. Viele Werke stellen besondere Madamiten an, um den Bergarbeitern die Nützlosigkeit der gegenwärtigen Sozialversicherung zu beweisen und sie gegen sie aufzubringen. Die Bergarbeiter sind mit Recht so solchen Luns empört und verlangen von ihren Vertretern, daß dafür gesorgt wird, daß die Bergbauunternehmer mehr als bisher zur Lastentragung für die Krankenversicherung, die durch die Unfälle verursacht wird, herangezogen werden, damit der Beitrag zur Krankentafel herabgesetzt werden kann und der unverantwortlichen Hebe gegen die knappschäftliche Krankenversicherung der Boden entzogen wird.

In der Hoffnung, daß Sie, Herr Minister, der hier behandelten Frage Ihre besondere Aufmerksamkeit widmen und dafür sorgen werden, daß sie im Sinne der Bergarbeiter geregelt wird, zeichnet mit hochachtungsvollem Gruß auf!

Friedrich Hoff.

Haus und Leben

Kämpfen.

In sehnstuchtvoller Sehnsucht klagte S. I. Berlin, der große Dichter, darüber, daß es ihm gegeben sei, „auf keiner Stätte zu ruhn“. Er glaubte so heiß an das Gute. Voll Inbrunst machte er diesen Glauben in seinen dichterischen Schöpfungen zum Kunstwerk. Doch so sehr er auch suchte und wartete: das Leben bot ihm das Gute und Erfreute nicht. Immer ferner rückte ihm die Vollendung, und in geistiger Unmachtung endete er.

Das ist die Tragik der edlen Menschen, die da sehn — ohne den Kampf. Die da glauben — ohne Erkenntnis. Nur wenn Glaube sich bindet mit Tat, findet Glaube Befreiung.

Auch uns ist es gegeben, auf keiner Stätte zu ruhn. Von Sorge ist uns das Leben voll. Hin und her werden wir von den Verhältnissen des Lebens getrieben. Heute sind wir in Arbeit und morgen dort. Und übermorgen liegen wir vielleicht auf der Straße ohne Arbeit. Und so ist unser Bett heute hier und morgen vielleicht drüben. Oder wir wandern in langen Wegen zwischen Wohnung und Arbeitsstätte, hin und her, täglich. Ja, auf keiner Stätte sollen wir ruhn. Unser Leben ist eine ewige Unrast, ohne Halt, ohne Frieden.

Doch was uns in alledem stärkt, das ist die Erkenntnis des Weges, der zu unserer Freiheit führt. Wir wissen, daß das Gute in den Ketten wirtschaftlicher Macht gebunden und daß nur eine Ueberwindung des Kapitalismus auch das Gute befreien kann.

Und so stehen wir in unserem idealistischen Glauben fest auf dem Boden der Wirklichkeit. Wir wurzeln im Dasein und werden im Innern nicht hin- und hergeworfen, weil unser Wurzeln so stark ist durch kämpferischen Zusammenhalt.

Die Wirtschaftsordnung, die da heute, wie stets, das Gute und Edle erdrückt, wird überwunden werden durch stolzen Zusammenhalt, und aus der neuen Ordnung wird dann einmal dieses heilige Menschentum leuchten, das des Dichters Seele ohne Versehen der Zusammenhänge bis zur Verzweiflung, bis zur Unmachtung gesucht hat.

Was auf Erden nur ist, Menschen zu erfreuen, das soll auch erfreuen — alle. Die Sonne soll lachen über allen, und die geistige Freiheit und das sittliche Glück sollen allen beschieden sein.

Nicht Herr und Knecht. Nicht arm und reich. Nicht gebildet und ungebildet. Nicht Belaste und Sünder.

Keine Gegensätze. Keine Klassen. Alles für alle! Für alle das, was nur an Hohem und Schönem zu geben ist.

Wie berechnend und grenzend dieses bürgerlich-ethische Fühlen von heute! Wie sorgfältig abwägend und wie klein und beschränkt mit seinen Almosen und Worten gegenüber diesem schäumenden und wogenden Bedürfnis nach einem allumfassenden Glück!

Gülte der Seele. Keine Grenzen in der Beglückung. Schenken! nur schenken! Das ist sozialistisches Glück.

Hier dieses und da jenes an Schöner: hast du es auch, Bruder? Und hier dieses und da jenes Freiheitsglück: bist auch, Menschen: Schwester, davon erfüllt? Und wenn noch nicht, dann keine Ruhe und keinen Stillstand! Niemals und nimmermehr für alle Zukunft, bis alles Glück allen erteilt.

Wir ahnen es heute, wir Volk, wir Masse. Nur dumpf. Immer wieder in unserem Fühlen vom Alltag eingeengt. Und doch durchlodert uns immer wieder ein Sauch dieses Neuen. Dann werden wir kämpfen. Wenn wir im Kampfe so ganz gepackt sind von der Idee und den Alltag vergessen. Wenn wir dann im tiefsten, heiligsten menschlichen Wesen vom Neuen ergriffen sind.

Kampf! Du Glück! Du Kraft! Du Glaube! Du Sieg!

Dr. Gustav Hoffmann.

Weltstadt / Victor Kallnowski

Zu Riesenquadern aufgeschichtet,
Hebt sich die Weltstadt in den Raum.

Die Türme stoßen aufgerichtet
Wie Finger in den Wolkenschäum.

Der Aufruhr wildester Bewegung
Rast durch die Straßen hin und her.

Gerassel. Tempo. Lärm. Erregung.
Ein wirbelsturmgepeitschtes Meer!

Autos. Benzingeruch. Gedränge.
Maschinen. Schilote. Räderbraus.

Der Züge donnernde Gesänge
Erschüttern Straßendamm und Haus.

In Flammenschrift schreibt die Reklame:
»Hallo! Hallo! Die Baker tanzt!«

»L'ami, der Lippenstift der Dame!«
»Durch Flit wird Haus und Bett entwanzt!«

Wohin man blickt: Büros und Banken.
Geschäfte. Händler. Jagd nach Geld.

Ums Geld nur kreisen die Gedanken,
Denn Geld ist der Motor der Welt.

Die Börse fiebert in Tendenzen,
Aus Blut und Schweiß münzt sie Profit.

Ein Krach — und tausend Existenzen
Macht schon ein Wertpapier fällt.

Die Morse-Apparate klappern:
»Getreide steigt!« »Peking: Ruin!«

Geschwätzige Antennen plappern:
»Rund um die Welt fliegt Zeppelin!«

Erstirbt des Tages Wahlgetriebe,
Tritt Venus ihre Herrschaft an,

Lockt auf den Markt der Lust und Liebe
Mit tausend Künsten Weib und Mann.

Die Freude öffnet die Ventile.
Entfesselt schäumt die Lebensgier.

Theater. Zirkus. Tanzsaal. Diele.
Sekt. Kokain. Likör und Bier.

Finesse. Talni. Puder. Schminke.
Die Heilsarmee ruft zum Gebet.

Genieße, liebe, spiele, trinke,
Denn morgen ist's vielleicht zu spät!

Indes die Freuden später Stunden
Verwandeln sich in Saus und Braus,

Speit die Kaschemme ihre Kunden
In den Cancan der Weltstadt aus.

Ganowen rauben. Diebe stehlen.
Tresore weichen der Gewalt.

Betrüger gaukeln. Hehler hehlen.
Dolch, Messer blitzt. Revolver knallt.

Die Polizei dringt in Verstecke
Der deklarierten Bürger ein

Und Opfer bleiben auf der Strecke
Im Kampfe zwischen Mein und Dein.

Sektierer, Gaukler, Chiromanten
Umlauern spinnig jeden Depp.

Delirium des Ueberspannten!
Im Hintergrund die Firma Nepp!

Im Sumpf der Weltstadt planscht das Laster,
Schmarotzt und prast vom fremden Fleiß,

Indes im Werk und auf dem Pflaster
Die Arbeit schafft in Glut und Schweiß.

Indes in dumpfen Mietkasernen
Frau Sorge Sorgenfäden spinnst,

Schreibt die Geschichte der Laternen,
Daß sie auch gute Galgen sind!

Recht - Gerechtigkeit. Sitte - Sittlichkeit

Die Anwendung der Gesetze auf einen bestimmten Fall nennen wir Rechtsprechung. Oftmals hat dieses Verfahren mit der Rechtsprechung verwechselt wenig zu tun. Recht und Gerechtigkeit sind eben zwei verschiedene Begriffe. „Das ist die Tragödie des Zustehens“, schreibt Rodbruch, „nur zu fragen, was rechtens ist, niemals, ob es auch gerecht sei.“ Was Gerechtigkeit ist, wird von Gefühl bestimmt, muß empfunden werden. Recht dagegen ist auf Macht gegründetes Gesetz.

Das Zusammenleben der Menschen wird immer einer Ordnung bedürfen, die über dem Interesse des einzelnen steht. Die Gruppe ist mehr Zwangs- als Freiwilligkeitsorganisation. Von ausübung ist Macht, um die Ordnung der Verhältnisse zur Rechtsordnung werden zu lassen. Die Gerechtigkeit darf aber nicht dauernd im Widerspruch zur Rechtsordnung stehen. Das geltende Recht muß sich mit dem Gerechtigkeitsempfinden der Mehrheit des Volkes weiter entwickeln. Undernfalls ist die Revolution die unausbleibliche Folge, in der das ungerechte „Recht“ dem tatsächlichen Gerechtigkeitsempfinden des Volkes wieder angepaßt wird.

Wie verhält sich die Sitte zum Recht? Ein Verstoß gegen das geltende Recht zieht Rechtsfolgen nach sich. Der Staat überwacht die Durchführung der Gesetze. Eine Reihe von Zwangsmitteln stehen dem Staate dafür zur Verfügung. Anders liegt der Fall bei einem Verstoß gegen die herrschende Sitte. Nicht staatliche, sondern gesellschaftliche Zwangsmittel zwingen zur Beachtung der Sitten. Recht und Sitte verhalten sich zueinander, wie etwa geschildertes zum ungeschriebenen Gesetz. Das Statut des Staates ist das Recht, das der Gesellschaft die Sitte.

Die Bedeutung der guten Sitten ist trotzdem in den Beziehungen der Menschen zueinander enorm. Der Artikel 152 der Reichsverfassung sowie der § 138 des Bürgerlichen Gesetzbuches erklären deshalb alle Rechtsgeschäfte für nichtig, die gegen die „guten Sitten“ verstoßen. Zu beachten ist dabei, daß der Begriff „Sitte“ sehr relativ ist und von der Klassenzugehörigkeit wesentlich bestimmt wird.

Die Sitte fordert vom Menschen die Beachtung einer bestimmten äußeren Form. Sittlichkeit ist dagegen das innere Gefühl, Mensch zu sein. Die Pflicht inneren Verhaltens birgt dieser Begriff in sich.

Im dem großen Kampfe um die Befreiung des Proletariats opferwillig mitzuwirken ist z. B. eine Forderung an das Sittlichkeitsempfinden aller arbeitenden Menschen. Dankert.

Haben wir wirklich kein Geld?

fragt die „Jugendherberge“ und antwortet darauf: Auf Grund der amtlichen Reichsstatistik für das Jahr 1927/28 betrug die

Gesamtausgabe für Alkohol . . . 4 695 000 000 M.
darin enthalten für Reichssteuern . . . 638 000 000 M.
bleibt reine Jahresausgabe . . . 4 057 000 000 M.
= 64 Mark je Kopf der Bevölkerung.

Die Steigerung der Jahresausgabe gegenüber dem Vorjahr beträgt

358 000 000 Mark.

Von dieser Mehrausgabe eines einzigen Jahres könnten 24 000 Eigenhäuser zu 15 000 M. hergestellt werden. Sie langt auch, um 7000 Jugendherbergen zu durchschnittlich 50 000 M. zu bauen. Mit anderen Worten: von dem, was im letzten Jahre mehr die Kehle herabrammte als im vorausgehenden, könnte

das ganze Reichsherbergsnetz

ausgebaut werden. Aber, wir haben ja kein Geld . . . gar nicht zu reden von den 4 Milliarden Mark ständigen Verbrauches und noch weniger von den Milliarden, die der Alkoholverbrauch an mittelbaren Lasten mit sich bringt.

Gerechtigkeit.

Ich, die Gerechtigkeit, durchwandere die Gauen des Weltalls und mohl' mir das Treiben besehn des irdischen Spieles. Was mußte ich schauen? Wie selber ich freibild zugrunde muß' gehn! Ich glaubte, es würde die Menschheit erfassen den Inhalt des Wortes: Für jeden das Recht! Statt dessen nur Ehrgeiz und blutiges Hassen der Völker und Zwietracht im Menschengeschlecht. Erbärmliche Wichte regieren die Welt! Ein Hasten und Zasten nach Mammon, nach Geld!

Wie weit hat die Zeit doch die Brüden geschlagen, die trennend sich ziehen von arm hin zu reich! Denn während die einen am Hungertuch nagen, so leben die andern den Pröfusen gleich.

Ich frug mich, wie konnt' denn nur dieses geschehen? Schließ denn meine Gottheit? Ja, war sie denn blind, daß sie nicht das schreiende Unrecht gesehen, das sich da vollzogen im irdischen Spinn?

Der Zustand, er spricht der Gerechtigkeit Lob und trönet beschämend der Schlechtigkeit Lohn. Ich sah in des Schwärzes unheimlichen Tiefen die nackten Gestalten auf felsigem Stein, vom Schmutze untertütlich, vom Schweiß sie trießen, zertöweln die Erde bei düsterem Schein. Und ruhige Männer an mächtigen Feuern, sie schürten gar emsig die höllische Glut. Ich sah, wie im Schweiß die Keller und Schenern sich füllten so reichlich mit köstlichem Gut. Es füllten sich reichlich Behälter und Faß vom Saft der Reben, dem göttlichen Maß.

Geschäftige Hände, sie weben und spinnen aus feinsten Gewächsen gar kostbares Zeug, sie formen die Fäden zu brauchbarem Sinnen, zu herrlichen Stoffen, geschmeidig und weich. Ich sah da gar herrliche Paläste sich bilden

aus winzigen Steinen — durch schwierige Faust, in schwindelnder Höhe, in lustigen Gefilden die Türme erheben, von Wettern umkrauß. Zur Arbeit in Hütten, in Werkstatt und Feld hatt' willig das schaffende Meer sich gestellt.

Gar mächtige Bäume verfallen der Säge, durch Wellen getrieben mit rollendem Band. Unschändbarem Solze ein künstlich Gepräge zu nützlichen Dingen gibt kunstfert'ge Hand. Es sprühen die Funken in Hallen und Schmieden, ein Hissen und Lärmen — metallener Klang — ein Pochen und Stampfen vom Hämmer und Nietender menschlichen Reden. — Ein Schöpfergeseufz! Bei schwellenden Dämpfen, bei sengender Glut, da opfern Proleten ihr teuerstes Gut.

Kolosse von Schiffen durchschneiden die Wellen, durchteilen die Meere in fliegender Hast und bringen todlicher, gleich stolzen Rabellen, in fernere Länder die kostbare Last. Dagegen im Festland auf eisernen Stögen die Fluren durchwauert das stählerne Roß, beladen mit Waren und reichlichem Segen, den mühsam geschaffen der Arbeiter Trost. Man such' ich die Früchte für Mühe und Fleiß, für blutige Arbeit, für triefenden Schweiß.

Ich kam in die Heime der menschlichen Reden, in dämpfende Räume, so niedrig und kahl. Ich sah da gar spärlich die Tische sich decken für hungrige Mäuler mit kärglichem Mahl. Gedrückt war die Stimmung; ein Leben und Zagen Seufz' der Gemüter erschreckende Zahl, sie kennen nicht Frohsinn, nicht glückliche Tage, nur Stampfenn, Entbehrung, erschütternde Qual, nur hangendes Hoffen, stets fliegende Not, verzweifelte Ringen ums tägliche Brot.

So sah ich den Jammer in niedrigen Hütten, wo Kälte und Not sich gemeinsam gepaart,

daß werdende Mütter und Säuglinge litten an Unterernährung — auf Lagern so hart. Hohlwangige Gesichter erbärmlicher Kinder, die magren Gestalten in Lumpen gehüllt, sie kennen nur Elend und Hunger nicht minder — ein trauriges Leben, ein graufiges Bild. Wozu noch die Krankheit als ständiger Gast vermehret die Sorgen, den Kummer, die Last.

Indessen in großen und feinen Palästen die Nichtstuer leben in Saus und in Braus. Ich sah die feinsten Wickmäntel sich mästen an reichen Bedecken bei köstlichem Schmaus. In Surenbelunken bei künstlichen Weibern, bei müßigen Gelagen zu nächtllicher Zeit, da feiern sie Orgien auf zuckenden Leibern schier etelerregend. Ja, heute ist heut! Verprassen mitunter in einer Nacht, was andre in jährlicher Arbeit erbracht.

So schwellen sie sorglos vom Gelbe der Massen und leben vergnügt in das Jahr so hinein, die Arbeit der andern füllt ja ihre Massen für schäumende Säfte und perlenden Wein, für kostspielige Reisen nach Norden und Süden, für Rennsport und Luftsport, für Auto und Jagd. Fürwahr denn, sie haben den Himmel hienieden, sie kennen nur Freuden, nur Reichtum und Pracht. Und in diesen Vorn des irdischen Glücks fließen die Tränen des herben Geschicks.

Ich wandte mich schauernd von all diesen Dingen und zog mich verzweifelt ins Fernste zurück, nachdem ich vergeblich versucht zu bezwingen den Drachen, der trennte das menschliche Glück. So muß ich es nun den Untersten belassen sich selber zu schaffen ihr menschliches Recht, zum Teufel zu jagen die freibildende Masse, damit sie einft Mensch sind, nicht hündlicher Knecht. Solang' noch besteht diese Schlechtigkeit, sprech' weiter mir mehr von Gerechtigkeit. Paul Zimmermann.

Der englische Gewerkschaftskongress in Belfast.

Dem Kongress der englischen Gewerkschaften verlich die Tatsache, daß sich in England eine mit der Gewerkschaftsbewegung eng verknüpfte Arbeiterregierung am Ruder befindet, eine besondere Bedeutung. Deshalb traten auch weniger die Kritik und die Opposition, als die aufbauenden Vorschläge in den Vordergrund. Auf dem Kongress, dem 600 Delegierte, die 3670 141 Mitglieder und 202 Gewerkschaftsorganisationen vertraten, behandelten, wurden Fragen der Wirtschaftspolitik, der Sozialpolitik und der Organisation behandelt.

Die wirtschaftspolitischen Forderungen

Der Kongress kam in der sehr beachtlichen Eröffnungsrede des Vorsitzenden Ben Tillet zum Ausdruck. Die Erschließung neuer Märkte, die Wiedereingliederung von verlorenen, Förderung der Ausfuhr, Ausbau der Produktionsgrundlagen auch mittels werkschaftlicher Erwerbslosenfürsorge, Maßnahmen, die nicht allein den heute Erwerbslosen Arbeitsmöglichkeiten schaffen, sondern auch die Unterbringung der neu in das Erwerbsleben tretenden Massen ermöglichlich sollen, wurden gefordert. Von besonderer Bedeutung waren die Ausführungen Tillet über die Förderung des Wirtschaftsverkehrs innerhalb des britischen Reiches, damit ein mächtiges Wirtschaftszentrum, dessen Bevölkerung, Bodenfläche und Naturschätze Amerika übertreffen soll, entstehe. Er regte Konferenzen der englischen Gewerkschaften mit den organisierten Arbeitern der Dominions und der Kolonien an, übte Kritik an der Notenbank, die den Kredit unnützlich mache, und am Finanzkapital, das sich auf Kosten der Industrie breitmache. Die Nationalisierung der Produktion heißt Tillet als eine unvermeidliche und nötige Maßnahme hin, die die aktive Teilnahme der Gewerkschaften erfordere. In diesem Sinne wurden dann vom Gewerkschaftskongress die Verhandlungen des Gewerkschaftsrates mit den Unternehmern (Turner-Melchett-Konferenz) gutgeheißen, ebenso auch die Denkschrift dieser Arbeitsgemeinschaft, die u. a. die Errichtung eines Reichswirtschaftsrates fordert. Die Mitwirkung der Gewerkschaften an dem Wiederaufbau der Produktion sei nötig, wenn der Einfluß der Arbeiterschaft bei der großen Umwälzung der Produktionsverhältnisse nicht ausgeschaltet werden soll. „Der Gewerkschaftsrat muß sich“, sagte der Gewerkschaftsführer Bewin, „mit den Problemen der Produktion auseinandersetzen, so wie sich diese heute darbieten und nicht wie sie sich nach Zusammenbruch des Kapitalismus geben werden.“ Die von der Regierung in Aussicht genommene Wiederaufnahme der Beziehungen zu Sowjetrußland wurde vom Kongress energig gefordert.

Auf sozialpolitischem Gebiet

wurden Verbesserungen des Gesetzes für die Arbeitslosenversicherung verlangt; Meldepflicht der Unternehmer für freie Stellen, Abschaffung der Särten beim Nachweis, daß der Unterstühte sich um Arbeitsmöglichkeiten bemüht hat, Einbe-

ziehung der Beimarbeiter in die Versicherung und Beteiligung der Gewerkschaften bei der Verteilung der staatlichen Arbeitslosenunterstützung. — In Bezug auf die ganze Sozialversicherung wurde eine Resolution gefaßt, die die Vereinheitlichung der Sozialversicherung und die Einschränkung der unersüßlichen privaten Versicherungsanstalten forderte. Die Nationalisierung des Wohnungsbau- und Arbeitslosenunterstützung, die von der Regierung bereits angeordnete Aufhebung des reaktionären Gewerkschaftsgesetzes, die Verabschiedung des Fabrikgesetzes wurden weiter gefordert. Das Problem der Unterbringung von Arbeitslosen in anderen Industriezweigen (Transfer) mit staatlicher Unterstützung wurde eingehend erörtert; die Schwierigkeiten und Mißbräuche bei dieser Aktion kamen zur Sprache. Bei der Behandlung der Wohnungsfrage wurde betont, daß immer noch mehr als drei Millionen Arbeiter in Ghettosquartieren (slums) wohnen. Die Gewerkschaften erwarten die von der Regierung angekündigte Aktion zum Bau von Arbeiterwohnungen.

Zur Lohnpolitik

wurde der Abschluß von Tarifverträgen für große Industriezweige behandelt. Bei Erörterung der kürzlich erfolgten Herabsetzung der Löhne in der Baumwollindustrie wurde den gewerkschaftlichen Vertretern des Schiedsgerichts ihre Zustimmung zum Schiedsspruch von vielen Rednern zum Vorwurf gemacht. Diefen gelang es aber, den Kongress zu überzeugen, daß ohne ihre Zustimmung die Lohnherabsetzung doppelt so hoch gewesen wäre.

Die Organisationsfragen

bekämpften den Kongress und vor allem mit Rücksicht auf die kommunistische Spaltungsbewegung. Die von den Kommunisten ins Leben gerufene Arbeiterbewegung spaltet die Gewerkschaften und organisiert die Unzufriedenen in neugegründeten Gewerkschaften. Der Kongress erklärte, die Aufnahme dieser durch Gewerkschaftspaltung entstandenen Organisationen in Zukunft abzulehnen. Das Problem der Industrieverbände, an Stelle der Berufsverbände, beschäftigte den Kongress auch diesmal; die Gegner der Industrieverbände, deren Sprachführer auf dem Kongress die Gewerkschaften der Hand- und Verkehrsarbeiter und der Maschinenbauer waren, begründeten ihre Ablehnung mit den praktischen Schwierigkeiten des Uberganges zum Industrieverband (Abgrenzung der Industrien, Behinderung des gewerkschaftlichen Unterstühtungswesens usw.). Bei der Abstimmung wurde die von der Gewerkschaft der Bergarbeiter unterbreitete Resolution zugunsten des Industrieverbandes mit 1923 000 Stimmen abgelehnt; die Arbeiterheit erzielte aber 1 688 000 Stimmen. So ist es vorläufig dabei geblieben, daß der Gewerkschaftskongress den freiwilligen Zusammenschluß von Gewerkschaften wie den Abschluß von Kartellverträgen zwischen verwandten gewerkschaftlichen Organisationen auch weiterhin fördern soll.

Sparfassen und Arbeiterchaft.

Die Sparfassen waren vor dem Kriege das riesige Sammelbecken der Kapitalbildung, gespeist von den unteren Schichten. Etwa 20 Milliarden Mark hatten sie vor dem Kriege zur Verfügung. Es läßt sich nicht leugnen, daß eine gewaltige Macht in der Verfügungsgewalt dieser Riesensummen verankert lag. Der Wohnungsbau und andere langfristige Anlagen wurden aus Mitteln der Sparfassen gespeist. Da Riesensummen zu verhältnismäßig billigen Zinsen zur Verfügung standen, gab es keine Wohnungsnot und auch sonst konnten die Kapitalbedürfnisse gut befriedigt werden.

Das gefährliche Ungeheuer, die Inflation, hat den Sparfassenbestand fast restlos aufgezehrt und viele Sparer zu armen Leuten gemacht. Verbittert mußten sie zusehen, wie sie um ihr Geld und Gut gebracht wurden. Nach der Währungsstabilisierung setzte sehr schlichtern eine neue Spartätigkeit ein. Erst als die neue Währung das Vertrauen der Bevölkerung gewonnen hatte, konnte eine nicht geringe Zunahme der Spareinlagen von Monat zu Monat beobachtet werden. Heute verfügen die Sparfassen wiederum über eine Einlage von 8,5 Milliarden M. Wenn man die Spareinlagen bei den Sparfassen in Höhe von etwa 1,5 Milliarden M. hinzunimmt, so ist etwa rein zahlenmäßig der Sparfassenbestand der Vorkriegszeit zur Hälfte wieder erreicht. Wertgemäß sind naturgemäß 10 Milliarden heute nicht die gleiche Summe der Vorkriegszeit. Dieser Erfolg ist nicht gering zu bewerten. Die Sparfassen können mit ihrer Entwicklung zufrieden sein.

Über auch noch auf einem anderen Gebiete ist eine Umwälzung eingetreten. Den Sparfassen sind Konkurrenten entstanden. Die Arbeiterchaft hat sich eigene Sparinstitute geschaffen. Die Konsumgenossenschaften und die Arbeiterbanken ziehen heute einen großen Teil der Spargelder an sich. Die Konsumgenossenschaften waren bereits vor dem Kriege Sammelbecken von Arbeiterpargeldern. Die Arbeiterbanken bestehen erst seit einigen Jahren und haben sich zu achtunggebietenden Faktoren entwickelt. Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G. ist auf dem besten Wege, sich zu einer guten Mittelbank zu entwickeln. Der Einlagenbestand beträgt mehr als 110 Millionen M. und dies nach einer Entwicklung von etwa fünf Jahren. In dieser Summe sind Spargelder der freigeschäftlichen Arbeiter, Angestellten und Beamten enthalten. Die Sparinstitute der Arbeiterchaft haben deshalb eine so gute Entwicklung genommen, weil die Einleger wissen, daß diese Summen in ihrem Interesse verwandt werden.

Es ist deshalb begreiflich, daß die Sparfassen den Versuch machen, mit der Arbeiterchaft in ein gutes Verhältnis zu kommen. Deshalb wurde der diesjährige Sparfassenkongress aufgeführt. Zum Thema „Sparfassen und Arbeiterchaft“ sprachen zwei Redner. Herr Dr. Jahn (Berlin) betrachtete das Problem vom Standpunkt der Arbeiterchaft. Seine Ausführungen bewegten sich ungefähr in folgendem: Das Monatsentkommen der großen Masse der Arbeiter und Angestellten liegt zwischen 150 und 250 M. Das sind Summen, die kaum ausreichen, eine anständige Lebenshaltung zu führen. Dennoch bringen die Arbeitnehmer Geld zu den Sparfassen. Auch die Zweige der Sozialversicherung sind eine Form des Sparens. Dieses erfolgt unter einem gewissen Zwang und hat einen kollektivistischen Zug. Es kann das Problem aufgeworfen werden, ob nicht zu viel gespart wird und die Wirtschaftskrisen in einer übertriebenen Kapitalbildung begründet liegen. Über Krisen werden in der Hauptsache hinweggerufen durch die falsche Anlage des neu gebildeten Kapitals. Die Fehlansage von Kapital ist einer der Gründe für die kritische Stellungnahme der Arbeiterchaft zur Methode der Selbstfinanzierung. Die Bildung von Kapital aus dem Lohn hält die Arbeiterchaft für gesünder als eine Zurückhaltung der Lohnpolitik zugunsten der Selbstfinanzierung der Unternehmungen. Die aktive Lohnpolitik der Gewerkschaften, die Belange der Arbeiterchaft und die Belange der Sparfassen sind durchaus

miteinander vereinbar. — Der zweite Redner Dr. Engelhard versuchte darzulegen, daß die Sparfassen eine soziale Zwecksetzung haben. Sie haben den Kleinwohnungsbaubau und die Siedlungsbewegung in großem Maße unterstüht. Die Sparfassen bilden ferner ein Gegengewicht gegen schädliche Auswirkungen des Großkapitals. Ein Zusammengehen mit den Sondervereinrichtungen der Arbeitnehmer erscheint durchaus möglich.

Die in dieser Form in Königsberg geäußerten Gedankengänge sind in vielen Teilen zu unterschreiben. Stellt man die Frage, ob die Kapitalbildung durch Selbstfinanzierung auf Grund niedrigerer Löhne vor sich gehen soll oder auf dem Wege über die Sparfassen auf Grund höherer Löhne zu geschehen hat, ist zweifellos dem letzteren zuzustimmen. Auch die Sparfassen sind an der Sparkraft der breiten Masse interessiert und deshalb in gewissem Umfang Anhänger der von den Gewerkschaften betriebenen Lohnpolitik. Die zahlreichen übrigen Berührungspunkte wurden oben bereits erwähnt. Bei dieser Gelegenheit muß aber der Ansicht entgegengetreten werden, als könne die soziale Frage durch die Spartätigkeit gelöst werden. Eine liberale Sparpolitik führt zu einer ungeunden Einschränkung des Konsums und somit zu Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit.

Die deutschen Unternehmer vertreten die Anschauung, daß die Kapitalbildung in Gestalt der Selbstfinanzierung (Steigerung der Profite) heute mehr denn je notwendig sei. Diese Selbstfinanzierung kann naturgemäß nur auf der Grundlage niedrigerer Löhne vor sich gehen. Deshalb ist ein großer Teil unserer Unternehmer Gegner der Anschauung, daß hohe Löhne die Fähigkeit in sich tragen, neben der Befriedigung eines hohen Lebensniveaus die Spartätigkeit zu befördern. Die Gewerkschaften hingegen huldigen diesem Grundfahz durchaus und halten ihn im Interesse der Volkswirtschaft für gesund. Sie begreifen es deshalb, wenn die Sparfassen diese Theorie zu der ihrigen machen und unterstühen.

Die Arbeiterchaft hat eigene Organe zur Aufnahme der Spareinlagen der Arbeiter, Angestellten und Beamten ins Leben gerufen. Es ist nun selbstverständlich, daß diese in erster Linie bevorzugt werden. Das arbeitende Volk übergibt deshalb seine Spargroschen der Arbeiterbank oder den Konsumvereinen. Dann werden die von der Arbeiterchaft gesparten Mittel im eigenen Interesse verwandt. Die Möglichkeit ist durchaus vorhanden, daß die Arbeiterbank zu einer Großbank werden kann. Ist sie das, dann kann sie segensreich wirken. Auf der anderen Seite brauchen aber auch die Konsumgenossenschaften Bargeld zum Ausbau ihres Geschäfts. Wir brauchen deshalb nicht zu betonen, daß die organisierte Arbeiterchaft in erster Linie die eigenen Unternehmungen zu unterstühen hat.

Aus dem Ruhrrevier.

Zeche Königsgrube.

Wenn die deutschen Unternehmer glauben, die in Rußland eingeführte ununterbrochene Produktion sei etwas Neues, das es in der übrigen Welt nicht gibt, so befinden sie sich in einem großen Irrtum. Auf der Zeche Königsgrube hat der sehr auf Nationalisierung bedachte Professor Kost seit langer Zeit die gleiche Methode eingeführt.

Der gesamte Grubenbetrieb umfaßt etwa zwölf Rutzschichtbetriebe. Professor Kost, pläneschmiedend, wie die Kohle am rationellsten zum Wohle der Aktionäre gewonnen werden kann, ordnet folgendes an: Die Kamerschicht der Morgenschicht gewinnt die Kohlen herein, die der Mittagschicht verkehrt die Berge und die der Nachtschicht legt die Rutzschicht um und unterstüht die Kohle. Eine wirklich feine Sache! Natürliche, durch den Betrieb eingetretene Störungen werden einfach unterstügt. So etwas darf es eben nicht geben. Treten sie doch ein, so kann der Arbeits-

rhhythmus, ein wahrer Ohrenschmauß für den Erfinder dieser Methode, nicht eingehalten werden. Die Müste der Kohle, Berge und Stützen verstaumt, die Störungen müssen behoben werden.

Über wofür hat man denn Organisationsstalent? Die Geschichte wird einfach so gemacht: Der Aufsichtsbau teilt seine Kolonne der Morgenschicht so ein, daß jeder Bauer ein gewisses Kohlenfeld abzubauen hat. Nun weiß jeder Bergmann, daß die Kohle nicht an allen Stellen, wie der Bergmann sagt, gleich gut „geht“. Wird nun der eine oder andere Bauer mit seinem Feld nicht fertig, dann — ja, was dann? — bleibt er eben so lange an der Arbeitsstelle, bis er fertig ist. Eine einfache Lösung!

Infolge einer solchen Abbaumethode besteht auf der Zeche eine dauernde Seilschaft. Die Kumpels, in der Furcht lebend, wenn sie durch Verweigerung der Ueberarbeit die von dem Professor gewünschte ununterbrochene Produktion stören, die Arbeitsstelle aufgeben, so bekommen, leisten mit Blut im Herzen die Ueberstunden. Der Betriebsrat, bestrebt, diesem Sklavenzustand ein Ende zu bereiten, setzte seinerzeit die Bergbehörde von den ständischen Zuständen in Kenntnis. Zu einer Sitzung, die daraufhin stattfand, in welcher die Bergbehörde vertreten war, gab Professor Kost das Verfahren von Ueberstühten zu. Er versprach denn auch (das ist eine besonders starke Seite dieses Herrn: versprochen wird alles, gehalten nichts!), die Aufsichtorgane anzurufen, daß ein Verfahren von Ueberstühten nicht erzwungen werden darf. Auch in dieser Sache ist es bei dem gewohnheitsmäßig gemachten Versprechen geblieben. Und die Bergbehörde hat anscheinend die Zeche Königsgrube aus ihrem Wirkungsbereich gestrichen. Hoffentlich macht man es jetzt dem Herrn Professor klar, daß Arbeitstättverordnung und Arbeitstättordnung einzuhalten sind.

Auch auf ein anderes Gebiet soll bei dieser Gelegenheit hingewiesen werden. Bei allen Rationalisierungsbestrebungen beachtet man den arbeitenden Menschen nicht im geringsten. Wird eine Maschine in eine Abteilung befördert, so geschieht das unter Beachtung aller Maßnahmen, um eine Beschädigung zu verhindern. Die Arbeitsmaschine Mensch kann auf dem Wege vom Schacht zur Arbeitsstelle ruhig Gefahr laufen, sich zu verletzen. Das spielt ja keine Rolle, Kosten entstehen ja dadurch nicht. Und das ist die Hauptsache. So müssen die Leute, um zu ihrer Arbeitsstelle zu gelangen, die im Betrieb befindliche Seilsbahn passieren. Da bei der rationalen Einteilung die Leute ihr Gezüge vom Schacht aus mitnehmen, ist die Gefahr, sich zu verletzen, außerordentlich groß. Auch die Schießmeister müssen, besetzt mit Sprengstoffen, denselben Weg gehen.

Will man Unfälle verhindern, dann bitte: entweder Fahrzeuge schaffen oder die Seilsbahn so lange stillstehen lassen, bis die Leute außer Gefahr sind. Ordnung muß sein! Aber nicht nur Ordnung betreffend die Produktion, sondern auch für diejenigen, für die doch schließlich produziert wird: für die Menschen.

Aber was kümmern diese Herrenmenschen die Menschen! Nach dem Tarifvertrag (§ 4 Biffer 5) ist die Belegschaft in eine Urlaubsliste einzutragen, und zwar derart, daß der Monat in die Liste vermerkt ist, in dem die Beurlaubung des einzelnen Arbeiters erfolgen soll. Die Liste ist denn auch angelegt worden. Die Namen der Belegschaftsmitglieder sind sauberlich eingetragen, somit auch gut lesbar. Etwas fehlt jedoch, nämlich die Einhaltung der Urlaubsliste. Anstatt den Leuten der in der Liste entsprechenden Reihenfolge den Urlaub zu gewähren, verfährt man ganz willkürlich. Soll ein Teil der Leute schikaniert oder um den Urlaub gebracht werden?

Der Belegschaft möchte Schreiber dieser Zeilen folgendes sagen: Der Bergbauindustriearbeiterverband ist stets bestrebt, die Lage der Bergarbeiter zu verbessern, das Rechtsverhältnis zwischen Belegschaft und Verwaltung in Tarifverträge festzulegen. Nun sei auch die Belegschaft eifrigst darauf bedacht, dem Tarifvertrag unter allen Umständen Geltung zu verschaffen, und zwar nicht nur in roher Form. Jedes Wort ist auf seinen Wert und seine Bedeutung zu prüfen und strikte Beachtung durch den Vertragspartner zu fordern. Verfährt die Belegschaft dementsprechend, so wird auch die reaktionärste Verwaltung erkennen, daß Verträge zwischen Arbeiter und Verwaltung gleichwertig sind bezüglich der Einhaltung derselben, wie das bei Verträgen im allgemeinen der Fall ist.

Aus Lothringen.

Schweres Grubenunglück: 18 Tote, 31 Verwundete.

Auf dem dem Saargebiet nahegelegenen St. Karlschacht, der Firma des Wendel in Kleinroßeln gebörend, ist in der Nachtschicht vom 14. zum 15. September der Schachtausbau ausgebrochen. 400 Bergarbeiter, welche sich in der Grube befanden, konnten durch einen Stollen zu einem benachbarten Schacht gelangen und dort zu Tage gefördert werden. Die Ursache des Schachtbrandes wird darauf zurückgeführt, daß Benzin in die Grube gefördert wurde, welches aus irgendeiner Ursache explodierte und den Schachtausbau in Brand setzte. Diese Explosion erforderte drei Tote und fünf Verletzte.

Eine weitere Explosion, die eine viel verheerendere Wirkung hatte, erfolgte am 16. September. Sie war so stark, daß sie über Tage stehende Gebäude, wie das Kesselhaus, die Elektrizitätszentrale und Kompressoranlagen, in die Luft sprengte. Neben dem Materialschaden forderte die neue Explosion wiederum eine Anzahl von Todesopfern und Verletzten, so daß die Zahl der Toten auf 18 gestiegen ist und die der Verletzten um weitere 26 auf 31. Eine Erklärung für die Ursache der zweiten Explosion liegt zurzeit nicht vor. Vermutlich war in dem Schacht noch eine brennende Stelle vorhanden, an der sich ausziehende Wetter entzündeten und eine Schlagwetterexplosion verursachten. Die Belegschaft war an dem fraglichen Tage infolge der Explosion vom vorhergehenden Tage nicht angefahren, so daß dadurch noch weitere Opfer vermieden wurden. Die Toten konnten zum größten Teil nicht identifiziert werden, da sie infolge der ungeheuren Gewalt der Explosion zu stark verstimmt sind. Neben in Lothringen Beheimateter entfällt auch eine Anzahl der Opfer aufs Saargebiet, da in Kleinroßeln ein größerer Teil der Bergarbeiter aus dem Saargebiet beschäftigt ist.

Unter den Bergarbeitern ist infolge des Unglücksfalles eine starke Erregung ausgebrochen. Der demolierte Schacht wird längere Zeit zur Förderung nicht benutzt werden können. Die Belegschaft von annähernd 1600 Personen soll auf die benachbarten Gruben verlegt werden. Allgemein wird den Hinterbliebenen sowie den Verletzten Teilnahme entgegengebracht.

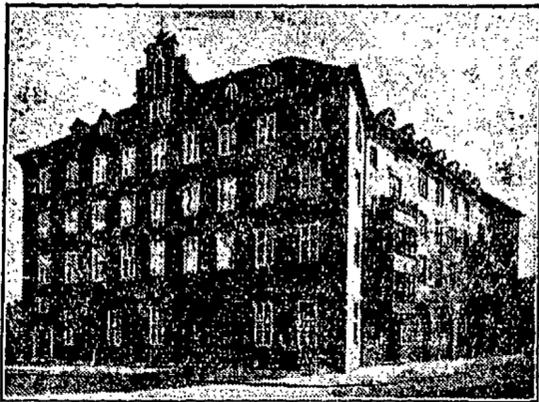
Wieder einmal, wie bei allen Bergarbeiterunglücken, werden die braven pflichttreuen Knappen gelöst. Besser wäre es schon, wenn Unternehmer und Regierung dafür Sorge tragen würden, daß alle Unfallverhütungsvorschriften, soweit die Durchführung im menschlichen Ermessen liegt, auch beachtet werden. Die Treiberei nach Kohlen zwingt jedoch den Bergarbeiter sehr oft, um seine Lohnschädigung davonzutragen, wichtige Unfallbestimmungen außer acht zu lassen.

Man muß deshalb an den Gräbern dieser neuen Opfer nicht nur schöne Worte für die Betroffenen und Hinterbliebenen finden, sondern auch ernsthaft den Entschluß fassen, solche Unglücksfälle zu vermeiden. Aber auch die Bergarbeiter der Lothringer Schächte müssen selbst einsehen, daß sie einer starken Organisation bedürfen, um ihre Menschenrechte gegenüber dem Unternehmertum geltend zu machen.

Das Volkshaus in Bremen.

Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft Bremens hat sich mit ihrem schönen Volkshaus einen weithin sichtbaren Sammelplatz, ein Kraftzentrum ersten Ranges geschaffen. Dieses imponierende Gebäude gibt Kunde von dem Vorwärtstreiben der organisierten bremischen Arbeiterschaft. Dessen jüngsten deutschen Gewerkschaftshaus soll nachstehende Betrachtung gewidmet sein.

Betreten wir durch die Hauptporte an der Nordstraße die Eingangshalle, so fällt uns sofort die Verbundenheit der Außen- und Innenarchitektur auf. Hier wie außen große Flächen, klug geführte Gradlinigkeit. Das Material ist bester Naturstein. Ihr schwaches Vilarot und das stumpfe,



alle Stufen durchlaufende Gels geben den Ton für die ganze Innenraumfarbe an. Ein sorgsam ausgewogenes Abheben dieser beiden Gesteinsarten schafft Farbenwirkungen von eigenartigem Reiz. Diefelbe Farben- und Formenwirkung fest sich in der Wandelhalle fort. Die Wände sind in der Farbe des Mainfandsteins gehalten, das sich nach oben zu immer mehr lichtet, um an der Decke in ein mattes Weiß überzugehen. Kein Ornament, keine abhebbende Linie stört den organischen Fluß der Farbe und Formen. Hier ist ein Versammlungsort bei wichtigen Anlässen. Aber auch für Vorträge mehr öffentlichen Charakters gibt diese Wandelhalle einen trefflichen Rahmen ab. Solange der große Saalbau noch nicht fertiggestellt ist, finden sich in der Wandelhalle die Bremer Genossinnen und Genossen zu geselligen Zusammenkünften.

Das Restaurant ist selbstverständlich für jedermann geöffnet. Den hinteren Raum beherrscht Poetzgers „Bacchus“, ein kraftgepanntes Bildhauerverk aus Sandstein am Mittelpfeiler. Das Gefühl, die Treppe, die Wandbekleidungen sind in rauchgrauer Eiche gehalten. Die Wände sind dem Holzton angepaßt und so herrscht ein wohlklingender Einklang im Ganzen. Anschließend das Café und ein weiterer Raum.

Von der Wandelhalle führt ein Wandelgang zum Vortrag- und Filmsaal. Seinen Charakter bestimmt die Wandbekleidung aus Nadeln. Ihr rötlichbrauner, mattglänzender Ton, der vorübergehend auch in die grüne Komplementärfarbe spielt, läßt eine erwärmende Stimmung auf jeden in diesem prächtigen Raum Verweilenden ausströmen. Das Haus hat außerdem drei Versammlungssäle. Sie haben, ihrem Zweck gemäß,



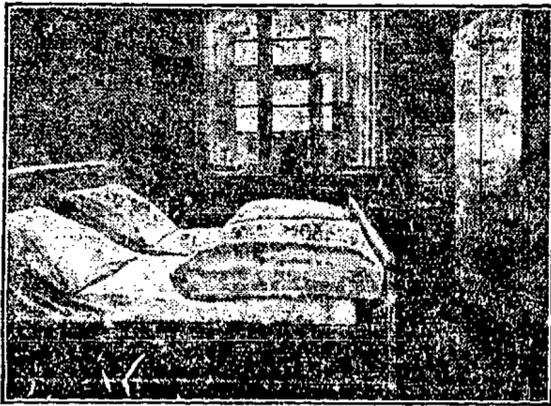
schlichten, sozusagen sachlichen Charakter. Die in Größe und Farbenhaltung unterschiedlichen Säle genügen selbst dem regsten gewerkschaftlichen Leben.

Unser Rundgang führt uns nun von diesen Stätten der Debatten hinüber zu den Räumen, wo Archiv und Bibliothek der bremischen Arbeiterschaft untergebracht sind. In endlosen Reihen stehen die Bücher und Büchlein da. Unsere treuen Kameraden in den wenigen Mußestunden zwischen Arbeit und

Schlaf, die uns so manche neue Erkenntnis, so manche unerfledliche Hilfe, so manche frohe Erbauungstunde geben. Der anschließende Vesperaal ist anheimelnd gehalten. Geschmackvolle Einrichtung und praktische Beleuchtung laden zum Verweilen ein. Der Vesperaal bildet die Brücke zu den Räumen, in denen das Jugendheim eine bleibende Stätte gefunden hat. Welch ein Anstand gegen früher, wo die Jugend mit dumpfen Kellerräumen oder kalten Dachgeschossen sich bescheiden mußte. Hier große lichte Säle mit Parkettfußböden, in hellen frohen Farbzusammenstellungen stehen unserer Jugend zur Verfügung.

Die Büros der Gewerkschaften sind auf das modernste eingerichtet. Ein ganzer Flügel des Hauses enthält die Räume der Arbeiterkammer. Große, helle Büroräume sorgen für Reibungslosigkeit des Verkehrs. Ein Bewundernswertes Dokument des machtpolitischen Willens aber ist der sogenannte Kammeraal. Das erste, was uns beim Eintritt in den imposanten Raum in die Augen fällt, ist ein leuchtendes Rot, das von den in Hufeisenform stehenden Sesseln ausströmt. Man fühlt unwillkürlich: hier ist ein Thronaal der Arbeit.

Um den vielen auswärtigen Gästen der mancherlei Tagungen, den vielen Urlaubsvreisenden aus Arbeiterkreisen des Binnenlandes im eigenen Hause ein gastlich vorbereitetes Bett bieten zu können, hat das Volkshaus in zwei Stockwerken ein Hotel geschaffen, das auch den verwöhntesten Ansprüchen gerecht wird. Hundert Betten in Doppel- und Einzelzimmern stehen zur Verfügung. Die Zeit wird zeigen, daß diese freundliche Gaststätte nur einem längst bestehenden Bedürfnis Rechnung getragen hat. Wir sind freudig überrascht über die gebiegene geschmackvolle, ja den Geschmack bildende und erziehende Einrichtung dieser Räume. Die Wände sind ohne Bierat in lichter, froher Farbe, die Möbel sind ebenfalls in freundlichem Farbton gehalten. Ein geräumiges Waschbecken, mit fließendem kalten und warmen Wasser, läßt ein, den Reisestaub herunterzuspülen. Ein breiter Kristallspiegel überzeugt uns davon, ob wir uns beruhigt in der menschlichen Gesellschaft sehen lassen können. Behagliche Wärme erfüllt den Raum, dem ein großes Fenster (mit Doppelfenster) reichlich Licht spendet. Der nächste Morgen läßt uns dann feststellen, daß man im „Volkshaus“ ausgezeichnet geschlafen hat; denn Bett und alles Drum und Dran (wie Bod usw.) erfüllte die verwöhntesten Ansprüche. Mit der Einrichtung einer Herberge wird eine soziale Pflicht denen



gegenüber erfüllt, die gar manchmal vergessen werden. Hier finden alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter für die Nacht ein behagliches Obdach. Die sauberen weißen Betten stehen in freundlichen blühbareren Zimmern. Ein Duschbad sorgt für Erfrischung. Der andere Morgen entläßt den unruhigen Gast mit einem Frühstück gestärkt wieder in die Welt.

Das Bremer Volkshaus beherbergt noch das Gemeinnützige Bestattungsinstitut und die Ausstellungsräume, die damit verbunden sind. In würdiger Form gehalten, wird in diesen Räumen gezeigt, wie, jedem nächstern und geschäftsmäßigen Betrieb abhold, die letzte traurige Pflicht dem Toten gegenüber erfüllt werden kann. In der anschließenden Blumenhalle zeigt die dem Gemeinnützigen Bestattungsinstitut angegliederte Gärtnerei ihre Erzeugnisse. Auch in diesen Nebenräumen des Volkshauses spürt man sehr deutlich, daß man in Bremen das Angenehme mit dem Nützlichen zu verbinden weiß.

Hat man den Rundgang im Bremer Volkshaus beendet, so kann man die dortigen Freunde zu einem solchen Besitztum beglückwünschen. Denen aber, die das Volkshaus in Bremen noch nicht kennen, möchten wir sehr eindringlich zurufen: Führt euch der Weg nach dem schönen Bremen, so geht zum Volkshaus! Was die bremische Arbeiterschaft dort geschaffen hat, ist wert, überall bekannt zu werden. Jeder Besucher des Hauses hat schon beim Betreten desselben das Gefühl, an einer wohlthätigen und heimischen Stätte zu sein. Jeder wird einen tiefen Eindruck darüber mitnehmen, was fleißige Gewerkschaftsarbeit zu erreichen vermochte.

damit die christlichen Nationen die Menschenfleischerei ungehemmt forsetzen konnten. Hierfür wurden alle verfügbaren Hände beschäftigt, der Lohn blieb erbärmlich, noch mehr aber stiegen die Preise. Die Kriegsgewinnler, „Marikin“ genannt, trieben unverschämte Lüge, die Arbeiter konnten sich kaum noch Meis kaufen. Im August 1918 brachen Meistrawalle aus, die zu Blinderungen und Zerstörung von Polizeibüros führten. Eine Streikwelle nach der anderen fraß sich übers ganze Land. Der unmittelbare materielle Erfolg war zwar gering, aber man hatte einen Regierungsverweigerung bewirkt, der Polizei und dem Unternehmertum einen gehörigen Dankschlag gegeben. Einige große Gesellschaften gingen nun mit Wohlthaterei an und versuchten den Arbeitern beizubringen, daß sie und die Unternehmer ja eigentlich gemeinsame Interessenten hätten. Das ist immer ein gewichtiger Beweis für die zunehmende Kraft der Arbeiterschaft. Das Kraftbewußtsein der Pro-

Japanische Gewerkschaftspresse



Namen der Blätter und Organisation

1. Rodo (Arbeit), Allgemeiner Japanischer Arbeiterbund.
2. Rodo no Kiushu, Staatsarbeiter in Kiushu
3. Rodo Taischu, Vereinigung japanischer Gewerkschaften.
4. Rodo Jida, Arbeitervereinigung des Bezirks Masanschu.
5. Kangio Rodo Schinbun, Allgemeiner Staatsarbeiter-Verband.
6. Rodo Jihō, Marinewerftarbeiter in Saseho.
7. Kairen Jihō, Verband der Marinewerftarbeiter-Gewerkschaften.
8. Kumia Sorongo, Vereinigung von Arbeiter-Gewerkschaften.
9. Kou Jihō, Marinewerftarbeiter in Jokohama.

letarier würde noch mächtiger in die Salme getrieben durch die Kunde von dem Umsturz in Rußland, Deutschland und Oesterreich. Wie stark das Kraftbewußtsein gediehen war, zeigte der Kampf um einen eigenen Vertreter für die Arbeitskonferenz in Washington. Als Arbeitervertreter hatte die Regierung einen Reederei-direktor aussuchen lassen. Die hiergegen gerichteten Kundgebungen waren dermaßen eindrucksvoll, daß der sonderbare Arbeitervertreter das Land, um nach Washington zu kommen, wie ein Flüchtling verlassen mußte.

Die vielen Streiks in den Kriegsjahren hatten Zusammen-schlüsse von Belegschaften, ja ganzer Berufe entziehen lassen. An Hilfe von außen bei diesen Lohnkämpfen hatte man nicht denken können, weil es überall an finanzkräftigen Verbänden fehlte. Nur eine Vereinigung war vorhanden, die den Charakter einer nationalen hatte, die Quaikei. Sie war im Jahre 1912 unter der Schirmherrschaft von „modernen Männern“ der Bourgeoisie entstanden. Sie mußte sich jedoch, obwohl als Mittelbündel der Gewerkschaften gedacht, schon der hohen Ökonomie und der schärf-spähenden Polizei wegen sehr vorsichtig betätigen. Sie beschränkte sich daher darauf, streikenden Belegschaften moralische Hilfe oder Rat zu erteilen. Erst in den letzten Kriegsjahren, als die gewerkschaftlichen Pfälzungen zahlreiche und üppiger geworden waren, ließ sie eine etwas beherrschtere Gangart sehen. Die Gewerkschaftsgruppen, deren Mitgliederzahl im Jahre 1919 auf 70 000 angegeben wurde, bedurften eines Mittelbündels. Dem sollte der Quaikei gerecht werden, weswegen sie, der „Unterstützungsverein für Arbeiter“, auf den Namen „Allgemeiner Japanischer Arbeiterbund“ („Dai Nihon Rodo Sodomei Quaikei“) umgetauft wurde. Ein Jahr später wurde auch das letzte Wort („Quaikei“) fallen gelassen, damit ihr einflüchtiger Charakter als Unterstützungsverein vollends verwischt wurde.

Dieser Arbeiterbund, nunhin Sodomei genannt, ist indessen nicht die einzige Gewerkschaftszentrale Japans. Eine große Zahl von Ortsgruppen und Verbänden stehen ihr fern. Inmerhin ist sie die wichtigste, weniger ihrer Mitgliederzahl wegen, die (1928) 38 549 betrug, sondern eher, weil es ihr mehr als einer anderen Organisation gelungen ist, Kollektivverträge mit den Unternehmern abzuschließen, und zwar mit 28 Unternehmen für 5869 Personen.

Von den etwa 4,7 Millionen in Japans Bergbau und Industrie beschäftigten Personen waren nach dem Bericht des Innenministers Ende vorigen Jahres 308 900 (darunter 20 010 Frauen) in 501 Gewerkschaftsgruppen organisiert. Von den 501 Gruppen sind 168 in 41 Verbänden vereinigt, während der Rest örtlich alleinstehende Gruppen sind. Von den Gewerkschaftsmasse ent-fallen auf

Gruppen	Mitglieder
Transportwesen	59 124 485
Maschinenbau	64 97 603
Textilgewerbe	18 12 033
Chemie	57 10 682
Gas, Elektrizität	14 8 157
Baugewerbe	22 2 833
Verkehr	1 2 232
Verschiedene	251 42 935

Die Gewerkschaftsmasse zerfällt in drei Gruppen, die man gemeinhin mit Rechte, Linke und Mitte bezeichnet. Die Rechte wird gefinnungsmäßig von der Sodomei geführt, die Linke (kommunistisch) von einem Gewerkschaftsrat (Kogisai), die Mitte von der Gewerkschaftsvereinigung (Domei). Die trennenden Maximalen der drei Richtungen einem Europäer verständlich zu machen, würde viel Raum beanspruchen. Auf fast jedem Kongreß aller Richtungen wird heiß um den „rechten Weg“ gestritten, über diesen Streit gehen Gruppen zu einer anderen Richtung über und kommen auch wieder zurück. In der politischen Arbeiterbewegung Japans ist es übrigens ebenso. Und das wird noch eine geraume Zeit so weitergehen, bis eine längere praktische Erfahrung den rechten Weg auch den japanischen Gewerkschaften klar gemacht hat.

Die Gewerkschaftsbewegung in Japan.

Mühseliges Suchen nach dem rechten Weg.

Verhältnismäßig spät sind die Arbeiter Japans in den gewerkschaftlichen Reigen eingetreten; streng genommen, erst nach dem Kriege. Zwar war von Vereinigungen für die Verbesserung von Arbeitsbedingungen schon viel früher die Rede. Die Schriftsteller in Tokio und Yokohama, dann die Lokomotivführer und die Erzgräber in Michio sollten organisiert sein. Je näher ich den angegebenen Bereichen dieser Organisationen kam, desto weniger war von ihnen zu entdecken. Wohl hatte es gelegentliche Zusammenkünfte zur Durchsetzung einer Forderung gegeben, auch wilde Streiks, Empörungen der majestätischen Kreatur, aber von Gewerkschaften im europäischen Sinne war nichts vorhanden.

Das kam mir anfänglich recht sonderbar vor. Sollte der ostasiatische Feudalismus von gestern wirklich, wie von seinen Lobrednern andauernd verkündet wurde, frei sein von dem Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit und seine jahrtausende alte Ethik Harmonie zwischen Herren und Knechten stiften? Das war natürlich nicht der Fall, sondern das Nichtvorhandensein von Gewerkschaften war viel weniger banalere Ursachen zuzuschreiben, was freilich erst eine etwas bessere Kenntnis der Menschen und Dinge des einflüchtigen Feudalstaates offenbarte.

Japan hatte damals (1908/09) über 1 1/2 Millionen Industriearbeiter, aber davon waren 65 Prozent Frauen und Mädchen, die von den Dörfern geholt und in den Fabrikhöfen beherbergt und bewacht wurden. Die Löhne der gelehrten männlichen Arbeiter schwankten zwischen 30 und 60 Sen (60 und 120 Pf.), die

der weiblichen Arbeiter zwischen 17 und 20 Sen (34 und 58 Pf.) pro Tag. Die tägliche Arbeitszeit war nur in wenigen Werken unter 10 Stunden, die meisten schanzten 12, 13, 14 Stunden, und fast ohne einen regelmäßigen Ruhetag. Die zahlenmäßige Schwäche, wie die unglückliche Armut und das Gebundensein an der Seele hätten die Organisierung nicht auszuschließen brauchen. Allein zu diesen an sich schon gewaltigen Schwierigkeiten fügte sich das Erbe der feudalen Vergangenheit. Die Berufsgruppen, die in Europa Gewerkschaften zu gründen begannen, waren die letzten Glieder einer langen Kette von geschulten, von Berufsgeist oder Gemeinheitsgefühl besetzten Handwerker. Die Industriearbeiter Japans kamen meist erst von der Scholle, gehörten den unteren Rassen an, und ihnen standen auch in dem neuen Arbeitsverhältnis die Vertreter der früheren herrschenden Klasse gegenüber. Gewiß, der Feudalismus war seit einigen Jahrzehnten (auf dem Verfassungspapier) beseitigt, aber die feudale Ordnung, die für die Oberklasse absolute Herrschaft, für die unteren absoluter Gehorsam hieß, wirkte noch, kaum geschwächt, weiter. Infolgedessen waren die seelischen und sozialen Voraussetzungen für eine lebenskräftige Gewerkschaftsbewegung, nämlich männlicher Stolz, Selbstbewußtsein, das Bewußtsein von der Ebenbürtigkeit und der eigenen Kraft, erst kaum im Keime vorhanden. Dabei wäre es wohl auch noch länger geblieben, wenn der Weltkrieg, der rücksichtslos Umgestalter, nicht dem feudalen Gefühl- und Ideengebäude einen herben Schlag verjast hätte.

Während des Krieges wurde das bedürftige Japan gleichfalls aufgerufen, Nahrungsmittel und Munition nach Europa zu senden, I

Fort mit dem Sonntag! Ununterbrochene Arbeitszeit in der Sowjetunion.

Das Jahr hat rund 300 Arbeitstage; in den übrigen Tagen stehen die meisten Betriebe still. In der Sowjetunion will man dem jetzt ein Ende bereiten. Die Sowjetregierung hat soeben ein Dekret erlassen, das „einen planmäßigen und konsequenten Uebergang der Betriebe zur ununterbrochenen Produktion“ anordnet. Nur an fünf „revolutionären Feiertagen“ im Jahre sollen die Betriebe stillstehen. Der Gedanke der fortlaufenden Arbeitswoche tauchte im Sommer dieses Jahres auf und hat sich in den führenden russischen Wirtschaftskreisen sehr bald große Sympathien verschafft. Die Belegschaften sollen in Gruppen eingeteilt werden, die abwechselnd feiern, wobei jede Gruppe nach sechs oder nach fünf Arbeitstagen einen arbeitsfreien Tag haben soll. Das Dekret vermeidet es, eine konkrete Form der ununterbrochenen Produktion vorzuschreiben und bestimmt lediglich, daß sich beim Uebergang zu der ununterbrochenen Produktion die Gesamtzahl der arbeitsfreien Tage für jeden Arbeiter und Angestellten nicht verringern und die Gesamtzahl der Arbeitsstunden im Jahre nicht erhöht werden darf. Diese letzte Bestimmung hängt wohl damit zusammen, daß mit der Einführung der ununterbrochenen Produktion der heutige um zwei Stunden verkürzte Arbeitstag am Vorabend der Sonn- und Feiertage nicht mehr erhalten bleiben kann. Es müssen daher Wege gefunden werden, den Arbeitern diesen Verlust zu „kompensieren“, sei es durch Erhöhung der Löhne (und zu entlohnenden?) arbeitsfreien Tages monatlich, sei es durch die Verlängerung des jährlichen Erholungsurlaubes.

Inwiefern diese Sicherungen wirklich getroffen werden, bleibt dahingestellt. Die überstürzte Eile, mit der die ununterbrochene Produktion eingeführt wird, ohne daß dabei auch nur die produktionspolitischen, geschweige denn die sozialpolitischen Auswirkungen der „Reform“ ernsthaft erwogen würden, und vor allem die neue Gesamteinstellung der führenden Sowjetkreise, für die allein „die Interessen der Produktion“ von Bedeutung sind, machen es wenig wahrscheinlich, daß die sozialpolitischen Bestimmungen des Dekrets ernst genommen werden. Aber selbst dann, wenn entsprechende Sicherungen durchgeführt werden, müßte die Einführung der ununterbrochenen Produktion der Arbeiterschaft ein schweres Opfer zu sein.

Die Sowjetpresse kann nicht umhin, zuzugeben, daß die Einführung der ununterbrochenen Produktion einen „Bruch der gewohnten Lebensweise“ für die Arbeiterschaft bedeutet, sucht die Dinge jedoch so darzustellen, als ob die Abschaffung der Gemeinamkeit der Arbeitsruhe für die Arbeiterschaft lediglich die Bedeutung hätte, daß der Sonntag abgeschafft und dadurch die „religiösen Vorurteile“ der Arbeiter verlegt würden. Der Versuch, die Einführung der ununterbrochenen Produktion mit antireligiösen Argumenten zu begründen, soll jedoch nur eine Rutische schaffen, um die unvermeidliche schmerzliche Erschütterung der gesamten Lebensweise der Arbeiterschaft zu verschleiern.

Selbst in den Ländern mit einer wesentlich höheren materiellen Kultur, insbesondere mit unergleichlich besseren Wohnverhältnissen als in der Sowjetunion, würde die Abschaffung der Gemeinamkeit der Arbeitsruhe einen schweren Schlag für die Arbeiterschaft bedeuten. Um wieviel mehr in den Elendsverhältnissen der russischen Städte und Industriezentren! Erst recht wird die neue Arbeitsweise in den Arbeiterfamilien schmerzlich empfunden, wo zwei und mehr Familienmitglieder zur Arbeit gehen müssen — eine in der Sowjetunion weitverbreitete Erscheinung —, die dann nur ausnahmsweise gemeinsame Ruhepausen haben können. Man denke auch an Familien, in denen die Kinder zur Schule gehen und den Tag schulfrei haben, an dem die Eltern arbeiten müssen. Jeder Arbeiter und Angestellte kann die Rente dieser Argumente selbst fortsetzen. Man braucht sich nur in das wenig beneidenswerte Schicksal der Eisenbahner, Straßenbahner, Gastwirtschaftlichen und anderer Proletariatschichten zu versetzen, die heute schon keine feste Sonntagsruhe haben, um sich die Situation klar vorzustellen.

In welchem Maße sich die Reform wirtschaftlich bewähren wird, mag bei der wenig ersten Vorbereitung dieser weitgreifenden Umstellung der Produktion zweifelhaft erscheinen:

wenn auch die unmittelbare quantitative Steigerung der Produktion in den meisten Fällen gesichert ist, so wird doch ein weiteres Sinken der Warenqualität, die sich in der Haft der Produktion des letzten Jahres ohnehin katastrophal verschlechtert hat, und ein gesteigertes Raubbau an der maschinellen Ausrüstung der Betriebe zu befürchten sein. Unter diesen Umständen müssen die ungünstigen sozialpolitischen Folgen der Reform besonders deutlich in Erscheinung treten.

Ein abschreckendes Beispiel zeigt in dieser Hinsicht das Leningrader Baugewerbe. Die staatlichen Baugewerbetriebe Leningrads zählten zu den ersten, die im Juni d. J. — in der Atmosphäre der amtlichen Begeisterung für die ununterbrochene Produktion — zu der neuen Arbeitsweise übergegangen sind. Raum zwei Monate sind verstrichen, und schon ist in Leningrad eine wahre sozialpolitische Katastrophe zu verzeichnen.

Lassen wir den Leningrader Berichterstatter des „Trud“ in der Nummer vom 22. August darüber erzählen:

„Der Versuch, die ununterbrochene Arbeitswoche im Baugewerbe durchzuführen, ist nicht gelungen. Nachdem es den Gewerkschaftsorganisationen gelungen war, den Widerstand eines bedeutenden Teiles der Saisonarbeiter zu überwinden (also hat es einen Widerstand gegeben! D. Med.), und sie sich schließlich bereitfinden, die ununterbrochene Arbeitswoche einzuführen, mußte doch sehr bald auf diesen Plan verzichtet werden. Die Arbeit im Baugewerbe drängte und Arbeitskräfte fehlten. Der Arbeitsnachweis konnte den Anforderungen der Bauunternehmungen nicht gerecht werden. Die Durchführung der Bauarbeiten blieb hinter den festgesetzten Arbeitsplänen zurück. Die Leitung der Bauunternehmungen entschloß sich, statt der organisierten ununterbrochenen Arbeitswoche den zehnstündigen Arbeitstag einzuführen und an Sonn- und Feiertagen mit voller Belegschaft bei Überstundenbezahlung arbeiten zu lassen. Der Mangel an Arbeitskräften im Baugewerbe hat die ununterbrochene Arbeitswoche zum Scheitern gebracht.“

Zweifellos ist der große wirtschaftliche Misserfolg des Leningrader Experimentes eine Ausnahmeerscheinung. Im allgemeinen blühten die wirtschaftlichen Folgewirkungen der neuen Arbeitsorganisation weniger verheerend sein. Kennzeichnend aber ist die Leichtigkeit, mit der man sich in Leningrad entschlossen hat, den entstandenen Schaden an Kosten der sozialpolitischen Errungenschaften der Arbeiter wettzumachen. Für das Chaos, das die Leiter der Leningrader Bauunternehmungen geschaffen haben, müssen die Arbeiter büßen: sie müssen auf den wöchentlichen Ruhepaus verzichten und volle sieben Tage in der Woche — dazu noch zehn Stunden täglich! — arbeiten, das heißt 70 Stunden in der Woche statt der im Arbeitsgesetzbuch festgesetzten 46 Stunden!

Für die russische Arbeiterklasse entstehen aus der Einführung der ununterbrochenen Produktion mit dem häufigen Schichtwechsel auch noch weitere spezifische Gefahren. Bei der allgemeinen und einheitlichen Arbeitsruhe, wie sie heute vorgegeben ist, bewahrt die Arbeiterklasse wenigstens in ihrer großen Masse noch einige Züge solidarischer Geschlossenheit. Die Klassenolidarität kann freilich nicht wesentlich in Erscheinung treten in Verhältnissen, die die Freiheit der Aktivität und Organisation der Arbeiterklasse nicht zulassen; sie ist aber trotzdem vorhanden, einfach durch die Tatsache der gemeinsamen Arbeit und der gemeinsamen Arbeitspausen der Millionen von Proletariern. Die Zerlegung des Proletariats in ständig wechselnde Arbeitsschichten muß die auch ohnehin schwache innere Verbundenheit der russischen Arbeiterklasse vollends auflösen. Und hierin liegt die politische Bedeutung der neuen Arbeitsorganisation.

Die neue Reform droht zu einer schweren Heimjagung für die russischen Arbeitermassen zu werden. Um die unerfreulichen Verhältnisse etwas zu verbessern, bemüht sich die Sowjetpresse, und vor allem die Presse der Sowjetgewerkschaften, die günstigeren Aussichten des Arbeitsmarktes bei ununterbrochener Produktion in besonders rosigem Farben zu schildern, da ja die Einführung der kontinuierlichen Arbeitswoche die Neueinstellung von Hunderttausenden von Arbeitern notwendig machen und damit eine Ein-

berung der Erwerbslosigkeit ermöglichen müsse. Doch in den Mittelkammern der Wirtschaftsbehörden reifen schon neue Pläne der „Verdichtung des Arbeitstages“ und der „Verdichtung der Arbeitsleistung“ im Zusammenhang mit der Einführung der fortlaufenden Arbeitswoche, und es werden bereits Maßnahmen ergriffen, die die Zahl der neu einzustellenden Arbeiter auf das Mindestmaß reduzieren sollen.

Der Sonderbeauftragte des Obersten Volkswirtschaftsrats für die Einführung der ununterbrochenen Produktion, Sabsovitsch, hat bereits die entsprechende Parole ausgegeben:

„Der Uebergang zum fortlaufenden Arbeitsjahr muß verbunden werden mit einer im Verhältnis minimalen Einbeziehung neuer Arbeiter in die Produktion, mit der größtmöglichen Verbesserung des Produktionsregimes in den Betrieben (hinter diese wohlklingenden Formel verbirgt sich eben die Forderung der „Verdichtung des Arbeitstages und der Arbeitsleistung“! D. Med.) und der größtmöglichen Steigerung der Produktivität der Arbeit.“

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben die russischen Arbeiter begreifen gelehrt, was die harmlose Forderung der „Steigerung der Arbeitsproduktivität“ bedeutet. Der Angriff auf die enttönnete und zerstückelte russische Arbeiterklasse wird verschärft. Die neue Arbeitsorganisation in Rußland dürfte einer begeisterten Prinzipienorganisation in den Unternehmungen der kapitalistischen Länder begegnen. Das europäische Proletariat hat unter diesen Umständen allen Anlaß, die Entwicklung des neuen russischen Experimentes mit Aufmerksamkeit und Besorgnis zu verfolgen.

Geringer Lohn — hohe Unfallzahlen.

Der Jahresbericht der Sektion VI (Obersteifen) der Knappschafts-Berufsgenossenschaft zeigt weitere Steigerung der Unfälle bei schlechten Löhnen. Beschäftigt waren 1926: 55 879 Personen, 1927: 60 065, 1928: 62 545.

Die beitragspflichtige Lohnsumme betrug auf einen Versicherten:

	1927	1928
im Steinkohlenbergbau	1787,23 M.	1847,63 M.
im Erzbergbau	1398,43 M.	1311,52 M.
bei anderer Mineralgewinnung	1550,03 M.	1715,83 M.

Angemeldete Unfälle und Berufskrankheiten waren zu verzeichnen:

1926	16 915
1927	21 654
1928	23 789

Danach wurden 1926: 30,2, 1927: 35,5 und 1928: 38 Prozent aller Beschäftigten von einem anmeldepflichtigen Unfall oder einer ihm gleichstehenden Berufskrankheit betroffen.

Auf den Arbeitstag (bei 300 Tagen) entfielen Unfälle:

1926	56,38
1927	72,18
1928	79,30

Entschädigungspflichtige Unfälle ereigneten sich

insgesamt	auf 1000
1926	1422
1927	1709
1928	2084

Tödliche Unfälle kamen vor

insgesamt	auf 1000
1926	147
1927	140
1928	157

Die wenigsten Unfälle passierten in diesen Jahren am Montag, die meisten am Samstag!

Die wenigen Zahlen zeigen, wie wenig die Entlohnung des Bergmanns mit der Gefahr seines Berufs im Einklang steht. Wollt ihr das ändern, so organisiert euch!

Unter Tage
ein guter Begleiter ist der würzige und billige

GEG
Kautabak

aus reinem Kentucky mit feinsten Zulaßen in Rollen, Stangen, Bündeln und Hufeisenform nur im Konsumverein.

Kastenwagen
Untergestellt pr. Esche, 100 cm lang, 4-5 Zentner Tragkraft, 25 Mark franko.

Billig und gut
erhalten Sie alle Musikinstrumente, Sprengmaschinen, Harmonikas, Violinen von 7. — an, Zithern u. Orgeln, 12. — an, Harmonikas von 5. — an, Sprengmaschinen, von 20. — an, 3 Jahre Garantie. Spezialplatten von 1. — an. Langjährige Erfahrungen. 10000 Dankbriefen! Reell, Umwagel gehalten, daher kein Risiko. Katalog gratis. „Mittlere Verfertigung der gel. gelb. Sprengmaschinen mit Cellulose-Hebung, herrl. Musikinstrumente.“
Ernst Ross Nachf., Klagenfurt 3 A. 479.
Ebenjohann gegründet 1872.

Käse billiger
Holst. Käse (Brotform) 9 Pfd. 3,60
Tilsiter Art (1/2 fct) 9 Pfd. 4,80
Edamer Art rot (1/2 fct) 9 Pfd. 4,80
Tilsiter Art (1/4 fct) 9 Pfd. 5,00
Holländer Art (1/2 fct) 9 Pfd. 7,40
Nachh. Porto und Verp. 1 Mk. extra.
O. Danke, Käsefabr., Hamburg 39 B 56.

Bettfedern
Gustav Lustig
Bettfedern mit elektr. Beheizung

Stoffe
für Herren- und Damenbekleidung, Weiß- u. Baumwollwaren stets das Neueste in prachtvoll. Auswahl. Durch direkten Bezug grosse Ersparnisse. Muster kostenlos und ohne Kaufzwang.
Tuch-Wimpelheimer
Augsburg 157.

Bei Rheuma, Gicht, Ischias
sowie bei Nerven- und Kopfschmerzen, Erkältungskrankheiten und Grippe haben sich Logal-Tabletten hervorragend bewährt. Ueber 5000 notariell beglaubigte ärztliche Gutachten! Davon mehrere hundert Berichte, in denen neben prompter Wirkung besonders die Unschädlichkeit des Logal hervorgehoben wird. Logal scheidet die Harnsäure aus! Ein Versuch überzeugt! Fragen Sie Ihren Arzt. In allen Apotheken RM. 1,40.
0,46 Chin. 12,6 Lith. 74,3 Acid. acet. sal. ad 100 Amyl.

Konkurrenzlos mit Garantiescheln für 1 Jahr
Gute Taschenuhr nur RM. 2,90
Nr. 3 Deutsche Herren-Ank.-Uhr, 33std. gen. regul. Werk, la. vera. num. 2,90
4. Goldsch. Schwan, Ovale, 33std. M. 3,80
5. m. bes. Werk, M. Nach. Form, M. 4,50
6. Sprungdeckeluhr, 3 Deckel, vergold. hochsch. 33std. M. 4,80
7. Damenuhr, versilb. 26std. M. 4,50
8. Armbanduhr, Lederriem, M. 6,50
Nickelkette M. 0,30. Doppelkette, echt vergold. M. 1,20. Kapsel M. 0,25. Vers. geg. Nachh. Katalog gratis.
Uhrhaus Fritz Heinicke, Braunschweig 55, Gelsstr. 3
Jahresumsatz zirka 15 000 Uhren

Sage jedem gerne, wie ich mich vor 6 Jahren in 3 Tagen schmerzlos von mir befreite.
+ Gallensteinen +
befreite Frau Bolmeyer, Köln, Sommerstr. 78/8. Wirkt auch bei Nieren- und Blasenleiden.

la Herren Anzug- und Mantelstoffe
Billige Preise — Große Zahlungserleichterung. (Kontokorrent). Bestellungen Sie unverbindl. gratis u. frei Muster! Tausendfach G. Rembrandt, München 42
Wischer auf Art bei Hoesmann & Co., Bochum

Schiden Sie mir
gleich Ihre Adresse!
Besor Sie auch Toiletten, mögliche 3 Jahre meine große Katalog gratis zu haben. Für wenig Geld gute Ware! Brief zum Besorgen Sie werden danken!
H. Schidman, Wilmshagen 50/58. 56 Brief über 150 000 Pakete.

Honig
Durch Kontrolle eines werth. Chemikers ist die Echtheit meines Biene-Bienenwachs garantiert.
10 Pfund-Dose 9,20 RM., norm. 11,00 RM. 11 Pfund-Dose 11,00 RM., halbe Dose 5,20 und 6,70 RM., 1 1/2 Pfund-D. 1,50 und 2,00 RM. frei Haus.
Nachnahme 30 Pf. mehr. — Garantie Rücknahme. — Krieger, Honig-Berger, Bergfeld 20 bei Goltz.

Händler
Strickwolle Pfd. 3,45
Schuhriemen 100 Paar 2,80, Strümpfe Gr. 4-6 P. 0,37 usw. Folsen München 2 N. O. Katalog gratis.

Herrn-Unter-Hose
Zahlen 1 bis 34 verfilb. m. Goldrand 30. — 1. prima Wert gegen regul. 2 Jahr Garant. m. Kapl. u. edl. Nadel. Zulassen nur 211. 6,25 Kleine Form 9,25 Kleiner b. West 12,25
Herrn-Kleider Berlin 28 (4) Joliner Str. 8

Sächsische Bettfedern-Fabrik Paul Hoyer, Doltzsch 79
Prov. Sachsen, Angerstr. 4
sendet Ihnen nur allerbeste, streng reelle Qualitäten
Bettfedern bedeutend billiger zu Fabripreisen.
Ferner prima Bettinlett.
Prüfen Sie selbst und verlangen Sie Proben und Preisliste umsonst und portofrei.

Kugelkäse
rat. gesunde Ware a. 25 Pfad 2 Pfd. — 9 Pfad. 4,39
200 Kugeln a. 4,39
100 Kugeln a. 1,91. 4,39
R. Seibold, Rortorf 184

Schürzenstoffe
aus Jabeln. billig! Verlangen Sie sof. Hauptkatal. Nr. 22 gr. u. fe. A. & B. Schindler, München 15, Lindwurmstr. 125.

Warum Honig?
Er ist nahrhaft und gesund u. hilft gegen viele Leiden und Beschwerden. Müden, Schläfer, Honig, Echtheit bezeugt überwaht, 10 Pfad. 6,40, Austeile 11,80 u. 7,20. Nachh. 20 Pf. mehr.
Zentral-Versand, Oldenburg i. O. 147

Metall-Betten Stahl- Holz- Kinderbett, Polster, Schlafzimmer, Chaiselong.
an Private, Ratenzahlung. Katalog 755 frei.
Eisenmöbelfabrik Suhl (Th.)

Warum ist die Kondierung so notwendig?
bni Seelig's Korn-Kaffee
Die hochwertigen Extraktstoffe, welche das Roggenkorn besitzt und die so außerordentlich dazu geeignet sind, Kornkaffee als gesunden Ersatz für echten Kaffee zu verwenden, werden bei „Seelig's Korn-Kaffee“ durch die wertvolle Kondierung konserviert.
1 Pfund 55 Pfennig
Zubereiten wie Bohnenkaffee!
Daher nur „Seelig's kondierten Kornkaffee“ das gesunde deutsche Familiengetränk

